

[Rede des Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz am Sitz der Vereinten Nationen, USA, am 26. September 1960](#) [1]

Data:

26/09/1960

Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren, Werte Delegierten,
Auch wenn man uns nachsagt, dass wir für sehr lange Reden berühmt sein sollen, müssen Sie sich keine Sorgen machen. Wir werden unser Möglichstes tun, uns kurz zu fassen und hier das vortragen, was wir für unsere Pflicht halten. Wir werden auch langsam sprechen, um den Dolmetschern entgegen zu kommen.

Einige werden denken, dass wir wegen der Art und Weise der Behandlung der kubanischen Delegation sehr verärgert sind. Das ist nicht der Fall. Wir verstehen sehr gut, warum das so ist. Deswegen sind wir nicht irritiert, und es muss auch niemand befürchten, dass Kuba es deswegen versäumen möchte, sein Sandkörnchen dazu beizutragen, wenn es darum geht, dass sich die Welt versteht.

Allerdings werden wir Klartext sprechen.

Es sind Kosten damit verbunden, eine Delegation zu den Vereinten Nationen zu schicken. Wir, die unterentwickelten Länder, haben nicht viele Mittel zum Ausgeben, es sei denn, wir reden in dieser Versammlung von Vertretern aus fast allen Ländern der Welt ganz klar.

Die Redner, die vor uns das Wort erhielten, habe hier ihre Besorgnis zu Problemen zum Ausdruck gebracht, die alle Welt interessieren. Auch uns interessieren diese Probleme, aber außerdem auch die besonderen Umstände Kubas, weil Kuba gegenwärtig für die Welt etwas Besorgniserregendes darstellt. Zu Recht haben hier mehrere Delegierte unter den aktuellen Problemen der Welt das Problem Kuba genannt. Außer den Problemen, die heute die Welt beschäftigen, hat Kuba Probleme, die unser Land, die unser Volk beschäftigen.

Überall ist die Rede von Frieden, dass das der Wunsch aller Völker sei, natürlich auch der Wunsch unseres Volkes. Aber jener Frieden, den die Welt aufrechterhalten möchte, ist ein Frieden, mit dem wir, die Kubaner, seit geraumer Zeit nicht rechnen können. Gefahren, die andere Völker der Welt mehr oder minder aus der Ferne betrachten, sind Probleme und Kümernisse, die für uns ganz nah sind. Es war nicht einfach hierherzukommen und hier in dieser Versammlung die Probleme Kubas zum Ausdruck zu bringen. Es war für uns nicht einfach, hierher zu kommen.

Ich weiß nicht, ob wir uns das als Privileg anrechnen dürfen. Sind wir, die Mitglieder der kubanischen Delegation, die Vertreter einer Regierung, die zu den schlimmsten Regierungen der Welt zählen? Verdienen wir, die Vertreter der kubanischen Delegation, die schlechte Behandlung, die uns zuteil wurde? Und warum gerade unsere Delegation? Kuba hat viele Delegationen zu den Vereinten Nationen geschickt. Kuba wurde durch verschiedene Personen vertreten, und dennoch wurden für uns Sondermaßnahmen getroffen: Aufenthaltsbeschränkung auf die Insel Manhattan, Anweisung an alle Hotels, uns keine Zimmer zu vermieten, Feindseligkeit und Isolierung unter dem Vorwand der Sicherheit.

Wahrscheinlich hat keiner von Ihnen, Delegierte, die Sie niemanden individuell vertreten, sondern Ihre

jeweiligen Länder in den Dingen, auf die sich deren Sorgen beziehen, die jeder von Ihnen bei seiner Ankunft in New York vorträgt, eine persönlich und körperlich so schikanöse Behandlung erfahren wie der Leiter der kubanischen Delegation.

Ich agitiere in dieser Versammlung niemanden. Ich beschränke mich darauf, die Wahrheit zu sagen. Es wurde auch Zeit, dass wir das Wort erhielten. Über uns wurde seit vielen Tagen geredet, auch in den Zeitungen. Wir schwiegen. Wir können uns hier in diesem Land nicht gegen die Angriffe verteidigen. Unsere Gelegenheit, die Wahrheit zu sagen, ist diese, und wir werden sie sagen.

Schikanöse persönliche Behandlung, Erpressungsversuche, Vertreibung aus dem Hotel, in dem wir wohnten. Auf dem Weg zu einem anderen Hotel haben wir alles nur Mögliche getan, um Schwierigkeiten zu vermeiden, sind niemals ausgegangen, waren nirgendwo außer den gezahlten Malen in diesem Saal der Vereinten und bei einem Empfang der sowjetischen Regierung. Und das war dennoch nicht genug, um uns in Ruhe zu lassen.

Es gab in diesem Land eine große Zahl kubanischer Einwanderer. Über 100 000 Kubaner sind in den letzten 20 Jahren aus ihrem Land hierhergekommen. Sie hätten lieber für immer dort bleiben wollen und wollen auch dorthin zurückkehren, wie all jene Menschen, die sich aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen gezwungen sahen, ihre Heimat zu verlassen. Diese kubanische Bevölkerung hat hier gearbeitet, respektierte und respektiert die Gesetze, und fühlte natürlich mit der Heimat, fühlte mit der Revolution. Da gab es keine Probleme, bis eines Tages eine Art von Besuchern in dieses Land kamen: Kriegsverbrecher, Leute, die in einigen Fällen hunderte unserer Landsleute ermordet haben. Hier dauerte es nicht lange, bis sie durch die Öffentlichkeit ermutigt wurden, hier dauerte es nicht lange, bis sie sich durch die Obrigkeit ermuntert sahen, was sich natürlich in ihrem Verhalten widerspiegelte, in häufigen Zwischenfällen gegenüber der kubanischen Bevölkerung, die hier in diesem Land seit vielen Jahren ehrlich arbeitete.

Einer dieser Zwischenfälle, hervorgerufen durch diejenigen, die sich hier durch systematische Kampagnen gegen Kuba und durch die Komplizenschaft der Obrigkeit gestärkt fühlen, führte zum Tod eines Mädchens. Das war bedauernswert, wir alle hätten das bedauern müssen. Die Schuldigen waren nicht die hier lebenden Kubaner. Noch weniger schuldig waren wir, die Mitglieder der kubanischen Delegation, trotz alledem haben Sie alle sicher den Aufdruck in den Zeitungen gesehen, in dem es hieß, dass die "Pro-Castro-Gruppe" den Tod eines zehnjährigen Mädchens verursacht hat. Und mit dieser charakteristischen Heuchelei derer, die mit den Beziehungen zwischen Kuba und diesem Land zu tun haben, hat der Sprecher des Weißen Hauses sofort Erklärungen über diese Tat in alle Welt gesandt und der kubanischen Delegation beinahe die Schuld zugewiesen. Und natürlich hat seine Exzellenz, der Herr Delegierte der Vereinigten Staaten¹ in dieser Versammlung es nicht versäumt, sich dieser Farce anzuschließen, indem er der Regierung Venezuelas ein Beileidstelegramm für die Familie des Opfers übermittelte, als sähe er sich verpflichtet, eine Erklärung seitens der Vereinten Nationen für etwas abzugeben, wofür scheinbar die kubanische Delegation die Schuld trägt.

Aber das war noch nicht alles. Als wir uns gezwungen sahen, eines der Hotels dieser Stadt zu verlassen und uns zum Sitz der Vereinten Nationen begaben, und unterdessen einige Dinge erledigt wurden, gibt es ein Hotel, ein einfaches Hotel dieser Stadt, ein Hotel der Neger von Harlem, das uns Unterkunft gewährte. Die Antwort kam während eines Gesprächs mit dem Herrn Generalsekretär. Ungeachtet dessen unternahm ein Beamter des Außenministeriums alles Erdenkliche um zu verhindern, dass wir in diesem Hotel wohnen. In dem Augenblick erschienen wie durch ein Wunder Hotels in New York, darunter Hotels, die vorher die Aufnahme der kubanischen Delegation abgelehnt hatten und uns plötzlich sogar gratis aufnehmen wollten. Wir haben natürlich als elementaren Gegendienst das Hotel in Harlem akzeptiert. Wir meinten, dass wir das Recht hatten und erwarteten, in Ruhe gelassen zu werden. Aber nein, man ließ uns nicht in Ruhe.

Als wir dann in Harlem wohnten, nachdem man unseren Aufenthalt dort nicht verhindern konnte, setzten Diffamierungskampagnen ein. Man begann die Nachricht in die Welt zu streuen, dass sich die

kubanische Delegation in einem Bordell einquartiert habe. Für einige Herren muss also ein einfaches Hotel im Stadtteil Harlem, bei den Negern der Vereinigten Staaten von Amerika zwangsläufig ein Bordell sein. Außerdem versuchte man immer wieder, die kubanische Delegation niederträchtig zu behandeln. Nicht einmal vor den Frauen, die Mitglieder der Delegation sind oder für sie tätig sind, wahrte man Respekt.

Wären wir vom Kaliber solcher Leute, als die man uns um jeden Preis darstellen will, hätte der Imperialismus nicht die Hoffnung verloren, wie es seit langen geschehen ist, uns zu kaufen oder in irgendeiner Weise zu verlocken. Sie haben seit langem mehr noch als die Hoffnung verloren, wiewohl sie niemals Grund dazu hatten, diese Hoffnung zu hegen, und noch weniger, nachdem sie bekräftigten, dass die kubanische Delegation sich in einem Bordell einquartiert hat, müssten sie anerkennen, dass das kapitalistische Finanzkapital eine Hure ist und uns nicht verführen kann. Da beziehe ich mich nicht auf „Die ehrbare Dirne“ von Jean Paul Sartre.

Das Problem Kubas. Vermutlich sind einige von Ihnen gut informiert, andere nicht. Alles hängt von den Informationsquellen ab, aber ohne Zweifel ist Kuba für die Welt im Verlauf der letzten beiden Jahre zum Problem geworden. Es ist ein neues Problem. Die Welt hatte wenig Grund zu wissen, dass Kuba überhaupt existiert. Für viele war es so etwas wie ein Wurmfortsatz der Vereinigten Staaten, selbst für viele Bewohner dieses Landes war Kuba eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Auf der Landkarte nicht, da erschienen wir in einer anderen Farbe als die Vereinigten Staaten. In Wirklichkeit war es so.

Wie kam es dazu, dass unser Land eine Kolonie der Vereinigten Staaten von Amerika]wurde? Das war ursprünglich nicht so. Es waren nicht dieselben Männer, die die Vereinigten Staaten und Kuba kolonisierten. Kuba hat ganz andere ethnische und kulturelle Wurzeln, die sich über Jahrhunderte festigten. Kuba war das letzte Land Lateinamerikas, dass sich von der spanischen Kolonialherrschaft, vom kolonialen Joch der Spanier befreite, mit Verlaub des Herrn Vertreters der spanischen Regierung. Und als letztes Land musste es besonders hart kämpfen.

Spanien verblieb nur noch dieser eine Besitz in Amerika, und den verteidigte es mit Starrsinn und Eifer. Unser kleines Volk mit damals knapp über eine Million Einwohnern musste fast 30 Jahre lang allein einer Armee entgegentreten, die zu den stärksten Europas zählte. Der spanischen Regierung gelang es, gegen die kleine einheimische Bevölkerung eine ebenso große Zahl an Kräften zu mobilisieren wie alle Streitkräfte zusammen, die sie gegen die Unabhängigkeitskämpfe in Südamerika eingesetzt hatten. Bis zu einer halben Million spanische Soldaten kamen, um gegen den heldenhaften und unbeugsamen Entschluss unseres Volkes, frei sein zu wollen, zu kämpfen.

Die Kubaner kämpften 30 Jahre lang allein um ihre Unabhängigkeit, 30 Jahre, die zugleich das Fundament der Liebe zur Freiheit und zur Unabhängigkeit unserer Heimat bilden. Kuba war –nach Ansicht eines Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, John Adams, zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts – eine Frucht, ein Apfel, der, wenn er reif sein würde, vom spanischen Baum in die Hände der Vereinigten Staaten herabfallen würde. Und die spanische Macht hat sich in unserer Heimat aufgerieben. Spanien hatte weder Männer noch ökonomische Mittel, um den Krieg in Kuba weiterzuführen. Spanien war geschlagen. Der Apfel war augenscheinlich reif, und die nordamerikanische Regierung streckte die Hände danach aus.

Es fiel nicht nur ein Apfel in ihre Hände, sondern mehrere. Es fiel Puerto Rico, das heldenhafte Puerto Rico, das seinen Unabhängigkeitskampf zur gleichen Zeit wie Kuba aufgenommen hatte. Es fielen die Philippinen und weitere Besitzungen. Aber der Werdegang, um unser Land zu beherrschen, konnte nicht der gleiche sein. Unser Land hat einen außerordentlichen Kampf geführt, und es gereichte uns zum Vorteil, dass die Meinung der Welt positiv zu Kuba stand. Der Werdegang musste also ein anderer sein.

Die Kubaner, die um unsere Unabhängigkeit kämpften; die Kubaner, die zu jener Zeit ihr Blut und ihr Leben gaben, haben im guten Glauben jener Gemeinsamen Resolution des Kongresses der Vereinigten

Staaten vom 20. April 1898 vertraut, die besagte, dass Kuba frei und unabhängig ist und von Rechtswegen sein muss.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sympathisierte mit dem Kampf der Kubaner. Jene Gemeinsame Erklärung war ein Gesetz des Kongresses jener Nation, kraft dessen Spanien der Krieg erklärt wurde. Aber diese Erwartung endete in einer grausamen Täuschung. Nach zweijähriger militärischer Besetzung unserer Heimat folgte das Unerwartete: In dem gleichen Moment, in dem das kubanische Volk in einer Verfassungsgebenden Versammlung das Grundgesetz der Republik ausarbeitete, erscheint ein neues Gesetz des Kongresses der Vereinigten Staaten, ein Gesetz, das Senator Platt, eine traurige Erinnerung für Kuba, vorgeschlagen hatte. In jenem Gesetz wurde bestimmt, dass die kubanische Verfassungsgebende Versammlung einen Zusatz aufzunehmen hat, kraft dessen der Regierung der Vereinigte Staaten das Recht einzuräumen ist, in politische Probleme Kubas einzugreifen und außerdem das Recht, bestimmte Gebiete seines Territoriums für Flottenstützpunkte oder Kohlebunker zu verpachten.

Das heißt, dass mittels eines Gesetzes einer legislativen Behörde des Auslands die Verfassung unserer Heimat diese Anordnung eines fremden Landes aufzunehmen hatte. Und man erklärte unseren Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung sehr unmissverständlich, wenn der Zusatz nicht aufgenommen wird, wird die Besetzung nicht aufgehoben. Will heißen, dass man unserer Heimat durch das Gesetzgebende Organ eines fremden Landes gewaltsam das Recht zur Intervention und das Recht zur Verpachtung von Flottenstützpunkten aufdrückte.

Es ist gut, das Völker, die erst kürzlich dieser Organisation beitraten; Völker, die gerade ihr unabhängiges Leben beginnen, die Geschichte unserer Heimat sehr gut vor Augen haben, da sie Ähnliches auf ihrem Weg antreffen können. Und wenn nicht, dann diejenigen, die nach ihnen kommen oder deren Kinder, oder deren Enkel, aber soweit voraus scheint es nicht zu gehen.

Dann begann also die Neukolonisierung unserer Heimat, der Erwerb der besten Anbaugelände durch US-amerikanische Gesellschaften; die Konzessionen für Naturvorkommen, Bergbauwerken, die Konzessionen für öffentliche Dienstleistungen und deren Ausbeutung; die Handelskonzessionen, Konzessionen aller Art, zusammen mit dem Verfassungsrecht –dem gewaltsam erworbenen– in unser Land eingreifen zu können, von der spanischen Kolonie in die nordamerikanische Kolonie.

Kolonien sprechen nicht. Kolonien kennt man in der Welt erst dann, wenn sie bei einer Gelegenheit bekannt werden. Deshalb wusste niemand in der Welt von unserer Kolonie, und die Probleme unserer Kolonie waren der Welt ebenso wenig bekannt. In den Geografiebüchern erschien eine Fahne mehr, ein Wappen; in den Atlanten erschien eine Farbe mehr, aber da existierte keine unabhängige Republik. Niemand soll sich täuschen lassen, wenn wir uns täuschen lassen, machen wir uns nur lächerlich. Niemand soll sich täuschen lassen, da gab es keine unabhängige Republik, es gab eine Kolonie, wo der Botschafter der Vereinigten Staaten das Sagen hatte.

Wir schämen uns nicht dafür, das öffentlich zu machen, wir fühlen gleichzeitig Stolz, das wir heute sagen können, dass keine Botschaft mehr unser Volk regiert, das unser Volk vom Volk regiert wird! (APPLAUS.)

Erneut musste die kubanische Nation den Kampf aufnehmen, um die Unabhängigkeit zu erlangen. Nach sieben Jahren blutiger Tyrannei war es geschafft. Tyranisiert durch wen? Tyranisiert durch diejenigen in unserem Land, die nichts weiter waren als Werkzeug in Händen derer, die unser Vaterland wirtschaftlich beherrschten.

Wie kann sich ein unpopuläres, den Interessen des Volkes feindlich gesinntes Regime halten, wenn nicht durch Gewalt? Müssen wir hier den Repräsentanten unserer Brudervölker Lateinamerikas erklären, was militärische Tyranneien sind? Müssen wir ihnen erklären, wie diese sich an der Macht gehalten haben? Müssen wir die Geschichte vieler dieser Tyranneien, die schon klassisch sind, erklären? Müssen wir ihnen erklären, auf welche Kräfte sie sich stützen, in wessen nationalem und internationalem

Interesse sie erhalten werden?

Die militärische Gruppe, die unser Land tyrannisierte, stützte sich auf die reaktionärsten Kreise der Nation und vor allem auf ausländische ökonomische Interessen, die die Wirtschaft unserer Heimat beherrschten. Alle wissen und verstehen, dass das selbst die Regierung der Vereinigte Staaten anerkannte. Alle wissen, dass das der von den Monopolen bevorzugte Regierungstyp war. Warum? Weil mittels Gewalt jede Forderung des Volkes unterdrückt wird, mittels Gewalt Streiks für bessere Lebensbedingungen unterdrückt werden, mittels Gewalt Bauernbewegungen unterdrückt werden, die Ackerland erhalten wollen, dass mittels Gewalt die höchsten Bestrebungen der Nation unterdrückt werden.

Deshalb waren Gewaltregierungen die bevorzugten Regierungen derer, die die Politik der Vereinigten Staaten ausübten. Gewaltregierungen hielten sich lange Zeit an der Macht, und Gewaltregierungen halten sich immer noch an der Macht in Amerika. Natürlich hängt alles von den Umständen ab, um auf die Unterstützung durch die Regierung der Vereinigten Staaten zählen zu können oder nicht.

Zum Beispiel sagen sie jetzt, sie seien gegen eine dieser Gewaltregierungen, gegen die Regierung von Trujillo. Sie sagen aber nicht, dass sie auch gegen andere solche Gewaltregierungen sind, z.B. die von Nicaragua oder Paraguay. Die Regierung von Nicaragua sei keine Gewaltregierung mehr, sondern fast eine konstitutionelle Monarchie wie die Englands, in der die Herrschaft von den Vätern an die Söhne übergeht, so sei es auch in unserem Vaterland gewesen. Diese Art Gewaltregierung war die von Fulgencio Batista, eine Regierung, wie sie den US-amerikanischen Monopolen in Kuba zu pass kam. Es war aber keinesfalls die Art von Regierung, die dem kubanischen Volk gepasst hat, und das kubanische Volk hat sie unter großen Verlusten an Leben und Opfern der Macht enthoben.

Was fand die Revolution vor, als sie in Kuba an die Macht kam? Welche herrlichen Dinge fand die Revolution vor, als sie in Kuba an die Macht kam? Zunächst fand sie 600 000 arbeitsfähige Kubaner vor, die keine Beschäftigung hatten; vergleichsweise die gleiche Zahl an Arbeitslosen, proportional gesehen, die es in den Vereinigten Staaten gab, als die große Krise den Osten des Landes erschütterte. Diese Situation, die fast eine Katastrophe in den Vereinigten Staaten hervorrief, war in unserem Land eine Dauererscheinung. Drei Millionen Menschen einer Gesamtbevölkerung von sechs Millionen hatten weder elektrisches Licht noch genossen sie sonstige Bequemlichkeiten, die der elektrische Strom mit sich bringt; 3 500 000 von insgesamt sechs Millionen lebten in Hütten, Baracken und Bretterbuden ohne die geringsten Wohnbedingungen. In den Städten betrug die Mieten bis zu einem Drittel der Familieneinkommen. Sowohl die Strom- als auch die Mietpreise gehörten zu den teuersten in der Welt. 37,5 % unserer Bevölkerung waren Analphabeten, konnten weder lesen noch schreiben. 70% unserer Kinder auf dem Lande hatten keine Lehrer. 2% unserer Bevölkerung leiden an Tuberkulose, das sind 100 000 Menschen von sechs Millionen. 95% unserer Kinder auf dem Lande sind von Parasiten befallen. Die Kindersterblichkeit war demzufolge sehr hoch, das durchschnittliche Lebensalter war sehr niedrig. Andererseits bezahlten 85% der Kleinbauern Pachten für ihr Land in Höhe von bis zu 30% ihrer Bruttoeinnahmen, während 1,5% der Besitzer 46% des gesamten Grund- und Bodens der Nation kontrollierten. Die Anzahl der Krankenhausbetten war im Vergleich zur Einwohnerzahl des Landes geradezu lächerlich, selbst wenn man zum Vergleich nur Länder heranzieht, die eine mittlere medizinische Betreuung aufweisen.

Die öffentlichen Dienstleistungen, die Elektrizitäts- und Telefongesellschaften waren Eigentum US-amerikanischer Monopole.

Ein großer Teil der Bank, ein großer Teil des Importhandels, die Erdölraffinerien, der größte Teil der Zuckerproduktion, die besten Ländereien Kubas und die wichtigsten Industrien waren Eigentum nordamerikanischer Gesellschaften. Die Zahlungsbilanz der letzten zehn Jahre von 1950 bis 1960 erbrachte den Vereinigten Staaten gegenüber Kuba einen Gewinn von einer Milliarde US-Dollar.

Und das alles, ohne die Millionen und Abermillionen an US-Dollar zu zählen, die von den korrumpierten Regierungskreisen der Tyrannei aus dem Staatsschatz beiseite gebracht und auf Banken in den Vereinigten Staaten oder in Europa deponiert wurden.

Eine Milliarde US-Dollar in zehn Jahren. Das arme und unterentwickelte Land in der Karibik, das mit 600 000 Arbeitslosen zur wirtschaftlichen Entwicklung des am höchsten industrialisierten Landes der Welt beitrug.

Das war die Situation, die wir vorfanden, und diese Situation wird für viele der Länder, die auf dieser Versammlung vertreten sind, nicht fremd sein, denn schließlich und endlich ist das, was wir über Kuba sagten, weiter nichts als eine Röntgenaufnahme einer allgemeinen Diagnose, anwendbar auf den größten Teil der hier vertretenen Länder.

Welche Alternative hatte die revolutionäre Regierung? Das Volk verraten? Natürlich ist das, was wir für unser Volk getan haben, in den Augen des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten Verrat an unserem Volk; was mit Sicherheit nicht so gesehen würde, wenn wir anstelle treu zu unserem Volk den großen US-amerikanischen Monopolen treu geblieben wären, die die Wirtschaft unseres Landes ausbeuten. Zumindest sollen die "herrlichen Dinge" festgehalten werden, die die Revolution vorfand, als sie an die Macht kam, die nicht mehr und nicht weniger als all die „herrlichen Dinge“ des Imperialismus sind, nicht mehr und nicht weniger als die "herrlichen Dinge" der "freien Welt" für uns kolonisierte Länder sind!

Niemand kann uns dafür die Schuld geben, dass es in Kuba 600 000 Arbeitslose, 37,5% Analphabeten in der Bevölkerung, 2% Tuberkulosekranke, 95% von Parasiten befallene Kinder auf dem Lande gibt. Nein! , bis zu diesem Moment spielten wir keine Rolle für das Schicksal unseres Vaterlandes; bis zu diesem Moment lag das Schicksal unseres Vaterlandes in den Händen der Herrscher, die den Interessen der Monopole dienten; bis zu diesem Moment zählten in unserem Vaterland die Monopole. Stand ihnen jemand im Wege? Nein, niemand stand ihnen im Wege. Hat sie jemand gestört? Nein, niemand hat sie gestört. Sie konnten alles verwirklichen, und so standen wir vor den Früchten der Monopole.

Wie stand es um die Reserven der Nation? Als der Tyrann Batista an die Macht kam, betrug die nationale Reserve 500 Millionen US-Dollar, eine gute Summe, um in die Entwicklung der Industrie zu investieren. Als die Revolution an die Macht kam, blieb eine Reserve von 70 Millionen.

Sich um die industrielle Entwicklung unseres Vaterlandes sorgen? Nein! Niemals! Deshalb sind wir so verwundert und können es noch immer nicht glauben, als wir hier von der außerordentlichen Besorgnis der Regierung der Vereinigten Staaten über das Schicksal der Länder Lateinamerikas, der Länder Afrikas und der Länder Asiens reden hörten. Und wir wundern uns weiter, denn wir hatten diese Früchte bereits 50 Jahre lang.

Was hat die revolutionäre Regierung getan? Worin besteht das Vergehen der revolutionären Regierung, um so behandelt zu werden, wie es hier geschah, um solche mächtigen Feinde zu haben, wie es sich zeigt, haben wir hier?

Gab es diese Probleme von Anfang an mit der Regierung der Vereinigten Staaten? Nein! Waren wir etwa davon besessen, uns internationale Probleme zu suchen, weil wir an die Macht kamen? Nein! Keine revolutionäre Regierung, die an die Macht kommt, will internationale Probleme. Was sie möchte, ist, ihre Anstrengungen in die Lösung ihrer eigenen Probleme zu investieren; was sie möchte, ist, ein Programm auf den Weg zu bringen, wie es alle Regierungen beabsichtigen, die wahrhaftig am Fortschritt ihres Landes interessiert sind.

Der erste Umstand, der von unserer Seite als ein unfreundlicher Akt betrachtet wurde, war die Tatsache, dass man die Türen dieses Landes einer ganzen kriminellen Bande sperrangelweit öffnete, die ein Blutbad in unserem Land hinterlassen haben; Männer, die es so weit gebracht haben, hunderte wehrlose Bauern zu ermorden, Männer, die nicht müde wurden über viele Jahre Gefangene zu foltern, die töteten,

was das Zeug hielt, und hier mit offenen Armen empfangen wurden? Das mutete uns seltsam an. Warum dieser unfreundliche Akt seitens der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba? Warum dieser feindselige Akt? Zu jenem Zeitpunkt verstanden wir das nicht ganz; jetzt begreifen wir die Gründe vollkommen. Entsprach jene Politik einer korrekten Behandlung der Beziehungen zu Kuba? Nein, denn die Beschimpften waren wir, und waren deshalb die Beschimpften, weil sich das Batista-Regime mit Hilfe der Regierung der Vereinigten Staaten an der Macht gehalten hatte; das Batista-Regime hielt sich mit Hilfe von Panzern, Flugzeugen und Waffen an der Macht, die ihm die Regierung der Vereinigten Staaten zukommen ließ; das Batista-Regime hielt sich an der Macht dank des Einsatzes einer Armee, deren Offiziere durch eine Militärmission der Regierung der Vereinigten Staaten ausgebildet worden waren. Wir hoffen, dass es keinem Beamten der Vereinigten Staaten einfallen wird, diese Wahrheit zu verneinen.

Die US-amerikanische Militärmission befand sich noch immer im bedeutendsten Militärcamp der Stadt, als die Rebellenarmee in Havanna einmarschierte. Es waren Streitkräfte, die zusammengebrochen waren, eine Armee, die besiegt war und sich ergeben hat. Wir konnten jene ausländischen Militärs, die geholfen hatten, die Feinde des Volkes zu trainieren, voll und ganz als Kriegsgefangene ansehen. Aber das war nicht unsere Aufgabe; unsere Aufgabe beschränkte sich darauf, die Angehörigen dieser Mission zu bitten, in ihr Land zurückzukehren, wir würden ihre Lektionen nicht benötigen, und ihre Lehrlinge waren besiegt.

Wir haben hier ein Dokument (er zeigt es). Möge sich niemand über sein Aussehen wundern, weil es beschädigt ist. Es ist ein alter Militärpakt, kraft dessen die Tyrannei Batistas durch die Regierung der Vereinigten Staaten großzügige Unterstützung erhalten hat; und es ist wichtig zu wissen, was Artikel 2 dieses Abkommen aussagt:

„Die Regierung der Republik Kuba verpflichtet sich, die Unterstützung, die sie durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Übereinstimmung mit diesem Abkommen erhält, effektiv zu nutzen mit dem Ziel, die zwischen beiden Regierungen angenommenen Verteidigungspläne zu verwirklichen, in deren Folge beide Regierungen an bedeutenden Missionen der Verteidigung der westlichen Hemisphäre mitwirken; und wenn vorher zumindest die Zustimmung durch die Regierung der Vereinigte Staaten von Amerika erteilt wurde...“, ich wiederhole- „... wenn vorher zumindest die Zustimmung durch die Regierung der Vereinigte Staaten von Amerika erteilt wurde..., wird diese Hilfe nicht für andere Zwecke als die festgelegten verwendet.“

Die Hilfe wurde für die Bekämpfung der kubanischen Revolutionäre festgelegt; das erfolgte mit Zustimmung der Regierung der Vereinigte Staaten. Auch, als es nach etwas über sechs Jahren und etwas mehr als militärischer Unterstützung einige Monate vor Kriegsende im Lande zum Embargo von Waffenlieferungen an Batista kam, und nachdem dieses Waffenembargo feierlich erklärt worden war, hatte das Rebellenheer Beweise, dokumentarische Beweise, dass die Tyrannenarmee erneut mit 300 Raketen zum Abwurf aus Flugzeugen beliefert worden war.

Als die Mitarbeiter der Immigration jene Dokumente der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten zur Kenntnis gaben, fand man keine andere Erklärung als „wir haben uns geirrt, wir haben der Tyrannenarmee keine neuen Lieferungen gesandt, sondern uns nur darauf beschränkt, einige Raketen gegen andere Kaliber auszutauschen, die für ihre Flugzeuge nicht geeignet waren“, einige Raketen, die der Tyrannei sehr wohl in den Kram passten. Und sicher ist, dass sie dieselben auf uns abwarfen, als wir in den Bergen waren. Eine sehr eigenwillige Art, die Widersprüche zu erklären, wenn sie nicht erklärbar sind; nach ihrer Erklärung handelte es sich nicht um Hilfe, wahrscheinlich ist es dann eine Art „technischer Service“...

Wenn es diese Vorgeschichte gab, die für unser Volk Grund zum Ärgernis war, warum diese vollkommen veralteten Kriegswaffen in einem modernen Krieg, wo alle Welt weiß, selbst der hier am wenigsten davon versteht, weiß, dass in der heutigen Zeit eine Revolutionierung der militärischen Ausstattung stattgefunden hat? Mit 50 Panzern oder Panzerfahrzeugen und einigen aus der Mode gekommen

Flugzeugen verteidigt man keinen Kontinent, verteidigt man keine Hemisphäre. Im Gegenteil, sie dienen zur Unterdrückung unbewaffneter Völker; im Gegenteil, sie dienen dazu, die Völker einzuschüchtern. Zu etwas sind sie nütze: Sie dienen dazu, die Monopole zu verteidigen. Deshalb diese Pakte zur Verteidigung der Hemisphäre, sie sollten besser Pakte zur Verteidigung der US-amerikanischen Monopole heißen.

Die revolutionäre Regierung unternimmt erste Schritte. Als Erstes verringert sie die Mieten für die Familien um 50%; eine sehr gerechte Maßnahme, denn wie wir schon sagten, gab es Familien, die bis zu einem Drittel ihres Einkommens zahlten. Die Bevölkerung war Opfer einer großen Wohnungsspekulation. Städtische Grundstücke waren ebenfalls Gegenstand großer Spekulationen auf Kosten des Geldes der Bevölkerung. Als die revolutionäre Regierung die Mieten um 50% senkte, gab es Unzufriedene, jawohl, einige wenige, nämlich die Besitzer jener Wohngebäude. Aber die Bevölkerung ging auf die Straße, um ihrer Freude Ausdruck zu verleihen. Das Gleiche würde hier in New York auch passieren, wenn man die Miete für alle Familien um 50% senken würde. Bis dahin gab es kein Problem mit den Monopolen. Einige US-amerikanische Gesellschaften besaßen große Gebäude, aber relativ wenige.

Danach folgte das nächste Gesetz, das Gesetz, dass die Konzessionen annulliert, die die tyrannische Regierung von Fulgencio Batista der Telefongesellschaft, einem nordamerikanischen Monopol, gewährt hatte. Sie haben vorteilhafte Konzessionen erlangt, gegen die sich die Bevölkerung nicht wehren konnte. Die revolutionäre Regierung annulliert diese Konzessionen und stellt die Preise fürs Telefonieren wieder her, wie sie vorher bestanden. Hier beginnt der erste Konflikt mit US-amerikanischen Monopolen.

Die dritte Maßnahme bestand darin, die Strompreise zu senken, die weltweit die höchsten waren. Hier entstand der zweite Konflikt mit US-amerikanischen Monopolen. Man stellte uns nun als Kommunisten dar; man begann uns nun rot anzustreichen, weil wir ganz einfach mit den Interessen der nordamerikanischen Monopole zusammenstießen.

Dann kam das dritte Gesetz, das unabdingbar war, unvermeidlich war, unvermeidlich für unser Vaterland, und unvermeidlich, früher oder später, für alle Völker der Erde... zumindest für alle Völker der Erde, die noch kein solches Gesetz haben: Das Gesetz der Agrarreform. Sicher ist, dass alle Welt theoretisch mit dem Agrargesetz einverstanden ist. Niemand traut sich, das zu verneinen; niemand, höchstens ein Ignorant traut sich zu verneinen, dass die Agrarreform in den unterentwickelten Ländern der Welt eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung ist. In Kuba waren sogar die Großgrundbesitzer mit der Agrarreform einverstanden, allerdings mit einer Agrarreform auf ihre Art und Weise, einer Agrarreform, die von vielen Theoretikern verteidigt wird: eine Agrarreform auf ihre Art und Weise und vor allem eine, die weder auf ihre Art und Weise und auch in keiner anderen Form tatsächlich durchgeführt wird, solange das verhindert werden kann! Das wird auch von den Wirtschaftsorganen der Vereinten Nationen anerkannt, das ist etwas, worüber niemand mehr diskutiert. In unserem Land war sie unvermeidlich: Über 200 000 Bauernfamilien existierten in unserer Heimat ohne Ackerland, auf dem sie die notwendigsten Nahrungsmittel anbauen konnten.

Ohne Agrarreform hätte unser Land nicht den ersten Schritt zur Entwicklung tun können. Und wir haben diesen Schritt wirklich getan: Wir haben eine Agrarreform durchgeführt. War sie radikal? Ja, es war eine radikale Agrarreform. War sie sehr radikal? Nein, es war keine sehr radikale Agrarreform. Wir machten eine Agrarreform, angepasst an die Bedürfnisse unserer Entwicklung, angepasst an unsere Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Entwicklung. Das heißt, eine Agrarreform, die das Problem der landlosen Bauern lösen sollte, die das Problem der Versorgung mit den unabdingbaren Nahrungsmitteln, die das große Problem der Arbeitslosigkeit auf dem Lande lösen sollte, die jenes schreckliche Elend beenden sollte, dass wir auf dem Land unserer Heimat vorfanden.

Nun, hier begann die erste tatsächliche Schwierigkeit. In der benachbarten Republik Guatemala war das Gleiche geschehen. Als man die Agrarreform in Guatemala durchführte, begannen die Probleme in Guatemala. Ich mache die Delegierten Lateinamerikas, Afrikas und Asien in aller Bescheidenheit darauf

aufmerksam, wenn sie eine gerechte Agrarreform machen wollten, seien Sie darauf vorbereitet, ähnlichen Problemen wie wir gegenüber zu stehen, vor allem dann, wenn sich die besseren und größeren Landgüter im Besitz US-amerikanischer Monopole befinden, wie es in Kuba der Fall war. (LANGER APPLAUS)

Es ist möglich, dass sie uns demnächst anklagen, dass wir in dieser Versammlung schlechte Ratschläge geben, was mit Sicherheit nicht unsere Absicht ist... was mit Sicherheit nicht unsere Absicht ist: es ist nicht unsere Absicht, jemandem um den Schlaf zu bringen. Wir stellen ganz einfach nur die Tatsachen dar, allerdings sind diese Tatsachen von der Art, jedermann den Schlaf zu rauben.

Es wurde umgehend das Thema der Bezahlung angesprochen. Da kamen es geradezu zahlreiche Verbalnoten des Außenministeriums der USA. Niemals haben sie uns nach unseren Problemen gefragt; nie, nicht einmal aus Erbarmen oder aufgrund ihrer großen Verantwortung fragten sie uns, wie viele Menschen in unserem Land hungers starben, wie viele tuberkulosekranke es gab, wie viele Menschen ohne Arbeit waren. Nein. Ein Gefühl der Solidarität mit unseren Bedürfnissen? Niemals. Alle Gespräche mit Vertretern der Regierung der Vereinigten Staaten drehten sich um die Telefongesellschaft, um die Elektrokompagnie und um die Ländereien US-amerikanischer Kompagnien.

Wie sollten wir bezahlen? Natürlich stand als Erstes die Frage, womit sollten wir bezahlen, nicht wie, sondern womit. Verstehen Sie, dass ein armes, unterentwickeltes Land mit 600 000 Arbeitslosen, mit einer so hohen Zahl an Analphabeten und Kranken, dessen Reserven erschöpft waren, dessen Beitrag von einer Milliarde (US-Dollar) in zehn Jahren der Wirtschaft dieses mächtigen Landes zufließt, etwas besitzen könnte, um die Ländereien zu bezahlen, die vom Agrargesetz betroffen waren, oder zumindest unter den Bedingungen zu bezahlen, wie sie es wollten?

Was hat uns das US-amerikanische Außenministerium vorgeschlagen, um die betroffenen Interessen zu begleichen? Drei Dinge: Die baldige Bezahlung..., „schnell, effizient und gerecht“. Verstehen Sie diese Sprache? „Schnelle, effiziente und gerechte Bezahlung.“ Das will heißen: „Bezahlung sofort, in US-Dollar und das, was wir für unsere Landgüter verlangen“. (APPLAUS)

Noch waren wir keine 150-prozentigen Kommunisten. (LACHEN) Wir sahen nur ein bisschen mehr rot aus. Wir haben die Ländereien nicht konfisziert; wir haben ganz einfach vorgeschlagen, sie in 20 Jahren abzuzahlen, und auf die einzige Art und Weise, in der wir sie bezahlen können: In Boni, die in 20 Jahren ablaufen würden; und sie sollten 4,5 Prozent Zinsen kassieren, die Jahr um Jahr getilgt würden.

Wie sollten wir die Ländereien in US-Dollar bezahlen, und wie sofort, und wie sollten wir bezahlen, was sie dafür verlangten? Das war absurd. Jeder versteht, dass wir unter diesen Umständen wählen mussten, machen wir die Agrarreform oder machen wir sie nicht. Wenn wir sie nicht machten, würde diese furchtbare wirtschaftliche Situation in unserem Land auf unbestimmte Zeit weiter fort dauern. Tun wir es, würden wir uns die Regierung des mächtigen Nachbarn im Norden zum Feind machen.

Wir machten die Agrarreform. Einen Vertreter aus Holland oder aus einem anderen europäischen Land würden die Begrenzungen der Ländereien, die wir festlegten, wahrscheinlich verwundern, verwundern ob seiner großen Ausdehnung. Die Obergrenze, die unser Agrargesetz festlegte, waren 400 Hektar. In Europa sind 400 Hektar bereits ein wahrer Großgrundbesitz, in Kuba, wo es US-amerikanische Monopolgesellschaften gab, die bis zu 200 000 Hektar besaßen,– zweihunderttausend Hektar! falls jemand nicht richtig gehört hat,– hier in Kuba, da war eine Agrarreform, die die maximale Größe auf 400 Hektar begrenzte, für jene Monopole ein unannehmbares Gesetz.

Aber in unserem Land waren nicht nur Ländereien im Besitz nordamerikanischer Monopole. Auch die wichtigsten Bergbauwerke waren im Besitz von Monopolen. Kuba produziert, zum Beispiel, viel Nickel; der gesamte Nickel wurde von nordamerikanischen Unternehmen ausgebeutet. Unter der Tyrannei Batistas hat eine US-amerikanische Gesellschaft, die Moa Bay, saftige Konzessionen erhalten, mit der sich in nur fünf Jahren– bitte hören Sie–, in nur fünf Jahren eine Investition von 120 Millionen US-Dollar amortisierte; 120 Millionen US-Dollar, rückerwirtschaftet in fünf Jahren.

Wer hat die Konzession nach Fürsprache des Botschafters der Regierung der Vereinigten Staaten an die Moa Bay verliehen? Einfach so, die tyrannische Regierung von Fulgencio Batista, die Regierung, die da war, um die Interessen der Monopole zu verteidigen. Und es ist eine absolut unumstößliche Tatsache, natürlich von jeglicher Steuerzahlung befreit. Was hätten jene Unternehmer uns Kubanern hinterlassen? Die ausgehöhlten Bergbauwerke, die ausgelaugte Erde ohne den geringsten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

So erließ die revolutionäre Regierung das Gesetz über die Bergbauwerke, das jene Monopole verpflichtet, eine Steuer in Höhe von 25% der Exporte jener Minerale zu zahlen. Die Handlungsweise der revolutionären Regierung war wohl zu vermessen. Sie stieß mit den Interessen des internationalen „Elektrotrusts“, des internationalen „Telefontrust“, des internationalen „Minentrusts“, und mit den Interessen der United Fruit Company zusammen, und virtuell mit den mächtigsten Interessen der Vereinigten Staaten, die, wie Sie wissen, aufs engste miteinander verknüpft sind. Das war mehr als die Regierung der Vereinigten Staaten tolerieren konnte, oder anders gesagt, die Vertreter der Monopole der Vereinigten Staaten. Und es begann eine neue Phase gegenüber unserer Revolution. Jeder, der die Tatsachen objektiv analysiert; jeder, der bereit ist, ehrlich zu denken und nicht nur wiederholt, was die Presseagenturen UPI oder AP sagen, sondern seinen eigenen Kopf zum Denken benutzt und daraus seine eigenen, vernünftigen Schlussfolgerungen zieht und die Dinge ohne Vorurteile betrachtet, ehrlich und wahrhaftig, den fragen wir: waren die Dinge, die die revolutionäre Regierung unternahm, der Gestalt, dass man die Zerstörung der kubanischen Revolution dekretieren musste? Nein. Aber die durch die kubanische Revolution betroffenen Interessen waren nicht um den Fall Kuba besorgt, sie wurden durch die Maßnahmen der revolutionären Regierung nicht ruiniert, darin bestand das Problem nicht. Das Problem war, dass dieselben Unternehmen die Besitzer der Reichtümer und der Naturvorkommen des größten Teiles der Völker der Welt waren. Und das Vorgehen der kubanischen Revolution musste bestraft werden. Strafkaktionen jeder Art, bis hin zur Vernichtung jener, die es wagten, die Kühnheit der revolutionären Regierung zu besitzen.

Auf unsere Ehre schwören wir, dass wir noch nicht einmal die Gelegenheit hatten, einen Brief mit dem ehrenwerten Premierminister der Sowjetunion Nikita Jruschov, auszutauschen. Das heißt, als für die US-amerikanische Presse und die internationalen Agenturen, die die Welt informieren, bereits feststand, dass Kuba eine rote Regierung hat, eine rote Gefahr für die 90 Meilen entfernten Vereinigten Staaten bedeutete, eine von Kommunisten beherrschte Regierung, hatte die revolutionäre Regierung noch keine Gelegenheit gehabt, diplomatische und Handelsbeziehungen zur Sowjetunion herzustellen.

Aber Hysterie ist zu allem fähig. Hysterie ist fähig, die unglaublichsten und absurdesten Behauptungen aufzustellen. Natürlich versteht jeder, dass wir hier nicht „mea culpa“ anstimmen werden. Nichts da mit „mea culpa“. Wir müssen niemanden um Verzeihung bitten. Was wir getan haben, das haben wir sehr bewusst getan, und vor allem sehr überzeugt von unserem Recht, das zu tun. (LANGER APPLAUS)

Es begannen die Bedrohungen hinsichtlich unserer Zuckerquote, es begann die Philosophie, die billige Philosophie des Imperialismus, seine Noblesse zu zeigen, seine egoistische und ausbeuterische Noblesse und seine Güte gegenüber Kuba zu zeigen, dass sie uns einen Vorzugspreis für unseren Zucker zahlen würden, so etwas wie eine Subvention für den kubanischen Zucker, der für die Kubaner nicht so süß war, und deshalb wir Kubaner nicht die Herren der besten Böden für den Zuckerrohranbau waren, und auch nicht die Herren der besten Zuckerfabriken, und außerdem verbarg sich hinter diesen Behauptungen die wahre Geschichte des kubanischen Zuckers, der Opfer, die sie Kuba auferlegt hatten und die Male, die Kuba wirtschaftlich angegriffen wurde. Früher war es keine Frage der Quote, da war es eine Frage der Zolltarife; im Sinne eines dieser Gesetze oder jener Pakte, wie sie zwischen „Hai“ und „Sardine“ herrschen. Die Vereinigten Staaten besaßen eine Reihe von Konzessionen mittels eines Abkommens, das sie „Reziprozitätsabkommen“ nannten, mit Konzessionen für ihre Produkte, die ihnen einen bequemen Wettbewerb erlaubten, um die Produkte ihrer „Freunde“, der Engländer und Franzosen vom kubanischen Markt zu verdrängen, wie das oft unter „Freunden“ zu sein pflegt. Im Gegenzug machten sie einige Zugeständnisse für unseren Zucker bei den Zöllen, die auf Wunsch des Kongresses oder Regierung der Vereinigten Staaten einseitig verändert werden konnten. Und genau das geschah.

Wenn sie es für ihre Interessen angebracht hielten, erhöhten sie die Tarife, und unserer Zucker konnte nicht auf den US-amerikanischen Markt kommen, oder nur unter unvorteilhaften Bedingungen. Wenn ein Krieg nahte, verringerten sie die Tarife. Da Kuba die am nächsten liegende Versorgungsquelle für Zucker war, musste diese Versorgungsquelle garantiert werden. Die Tarife wurden reduziert, die Produktion stimuliert, und in den Kriegsjahren, als der Zuckerpreis in höheren Stratosphären lag, verkauften wir unseren Zucker billig an die Vereinigten Staaten, obwohl wir die einzige Versorgungsquelle waren.

Der Krieg endete, und mit Kriegsende kollabierte unsere Wirtschaft. Die Fehler, die hier in der Verteilung der Ausgangsstoffe begangen wurden, wurden von uns bezahlt, Preise, die am Ende des Ersten Weltkrieges exorbitant anstiegen; eine enorme Stimulierung der Produktion und ein jäher Preisabfall brachten den Ruin der kubanischen Zuckerfabriken mit sich, die dann ganz sachte in die Hände derer gerieten. Sie wissen schon, in wessen Hände! In die Hände US-amerikanischer Banken, denn wenn die einheimischen kubanischen Banken in Richtung Ruin trieben, bereicherten sie die US-amerikanischen Banken in Kuba.

Und so ging es immer weiter, bis in die 1930er Jahre. Die Regierung der Vereinigten Staaten versuchte eine Formel zu finden, ihre notwendige Versorgung mit den Interessen der inländischen Produzenten in Einklang zu bringen, stellte ein Quotensystem auf. Man nahm an, dass diese Quoten auf der historischen Beteiligung beruhten, als sie die verschiedensten Versorgungsquellen hatte, und unser Land an dieser historischen Beteiligung einen Anteil von etwa 50% zur Versorgung des nordamerikanischen Marktes hatte. Aber, als sie die Quoten aufstellten, blieb unsere Beteiligung auf nur 28% reduziert, und die wenigen Vorteile, die uns jenes Gesetz einst brachte, wurden nach und nach durch neue Gesetze eingeschränkt, und natürlich hing die Kolonie von der Metropole ab; die Wirtschaft der Kolonie wurde durch die Metropole organisiert. Die Kolonie hatte sich der Metropole unterzuordnen, und wenn die Kolonie Maßnahmen ergriff, um sich zu befreien, traf die Metropole Maßnahmen, um dies zu unterdrücken. Im Bewusstsein der Abhängigkeit unserer Wirtschaft von ihrem Markt begann die Regierung der Vereinigten Staaten mit einer Reihe von Vorwarnungen, dass man uns unsere Zuckerquote streichen würde; und parallel dazu fanden andere Aktivitäten in den Vereinigten Staaten statt, Aktivitäten von Konterrevolutionären.

Eines Nachmittags kam ein Flugzeug aus dem Norden übers Meer, überflog unsere Zuckerfabriken und ließ eine Bombe fallen. Das war eine seltsame Sache, eine nie dagewesene Sache, aber wir wussten, woher die Flugzeuge kamen. Ein weiteres Flugzeug, an einem anderen Nachmittag, überflog unsere Zuckerrohrfelder und ließ diverse kleine Brandbomben fallen. Das, was sporadisch begann, setzte sich systematisch fort.

Eines Nachmittags, als gerade eine Anzahl von Tourismusagenturen jenes Landes bei uns zu Besuch waren, da die revolutionäre Regierung große Anstrengungen unternahm, um den Tourismus als Einnahmequelle für unser Land zu fördern, warf ein Flugzeug US-amerikanischer Herkunft, eines, wie es im letzten Krieg benutzt wurde, über unserer Hauptstadt Pamphlete und einige Handgranaten ab. Natürlich haben einige Luftabwehrstützpunkte darauf reagiert. Das Ergebnis war: Über 40 Opfer zwischen den abgeworfenen Handgranaten und dem von unserer Abwehr eröffnetem Feuer, da einige Projektile, wie Sie wissen, erst beim Kontakt mit einem resistenten Gegenstand explodieren. Resultat: Über 40 Opfer. Kinder mit herausgerissenen Eingeweiden, Greise und Greisinnen. War das für uns das erste Mal? Nein. Mädchen und Jungen, Greise und Greisinnen, Männer und Frauen in kubanischen Dörfern waren viel Male durch Bomben nordamerikanischer Herkunft, die an den Tyrannen Batista geliefert wurden, zu Tode gekommen.

Einmal starben 80 Arbeiter, als auf mysteriöse Weise, sehr mysteriöse Weise ein Schiff explodierte, das unser Land anlief, beladen mit belgischen Waffen, nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten alle Anstrengungen unternommen hatte zu verhindern, dass die belgische Regierung Waffen an uns verkauft. Dutzende Kriegsoffer, in 80 Familien hinterblieben die Waisen durch diese Explosion. Vierzig Opfer durch ein Flugzeug, das in aller Ruhe über unser Land flog. Aber die Regierungsbehörden der

Vereinigten Staaten verneinten, dass jene Flugzeuge von ihrem Territorium aus gestartet waren, obwohl das Flugzeug friedlich in einem Hangar stand; und als eine unserer Zeitschriften das Foto des Flugzeuges publizierte, erst dann haben sich die Behörden der Vereinigten Staaten um das Flugzeug gekümmert, und natürlich wurde die Wichtigkeit herunter gespielt und gesagt, dass die Opfer keine Bombenopfer gewesen seien, sondern Opfer der Luftabwehr. Die Verantwortlichen jener Untaten, jenes Verbrechens, bewegten sich frei in den Vereinigten Staaten, ohne sich über die Folgen jener Aggressionsakte zu beunruhigen.

Seine Exzellenz, ich nutze die Gelegenheit, seiner Exzellenz, dem Delegierten der Vereinigten Staaten zu sagen, dass es viele Mütter auf dem Lande und in ganz Kuba gibt, die noch immer auf ein Kondolenztelegramm für ihre Söhne warten, die durch Bomben der Vereinigten Staaten getötet wurden. (APPLAUS)

Die Flugzeuge kamen und gingen. Es gab keine Beweise. Nun gut, man weiß nicht, was sie unter Beweisen verstehen. Da war jenes Flugzeug, fotografiert und dingfest gemacht, aber gut, sie sagten, dass es keine Bomben abgeworfen habe. Man weiß nicht, wieso die Behörden der Vereinigten Staaten so gut informiert sind. Piratenflugzeuge flogen weiterhin über unser Territorium und warfen Brandbomben ab. Millionen und Abermillionen Peso gingen auf den angezündeten Zuckerrohrfeldern verloren. Viele Leute aus dem Volk, ja, aus dem einfachen Volk, sahen den zerstörten Reichtum vor sich, der nun der ihre war, erlitten Verbrennungen und Verletzungen im Kampf gegen jene anhaltende und hartnäckige Bombardierung durch Piratenflugzeuge.

Bis eines Tages bei einem Bombenabwurf über unsere Zuckerfabriken die Bombe explodiert und das Flugzeug explodiert, und die revolutionäre Regierung die Körperteile des Piloten aufzusammeln hatte, der natürlich ein US-amerikanischer Pilot war, dessen Dokumente einbehalten wurden, mit allen Beweisen, dass es sich um ein US-amerikanisches Flugzeug handelte, und von wo aus es gestartet war. Jenes Flugzeug war zwischen zwei Luftstützpunkten der USA hin und her geflogen. Da war nichts mehr zu verneinen, dass die Flugzeuge aus den Vereinigten Staaten kamen Jetzt, angesichts dieser unwiderlegbaren Beweise, gab die Regierung der Vereinigten Staaten eine Erklärung an die Regierung Kubas ab ! Diese war nicht die gleiche wie im Fall der U-2; als man bewies, dass die Flugzeuge aus den Vereinigten Staaten kamen, dieses Mal hat die Regierung der Vereinigten Staaten es nicht als Recht bezeichnet, unsere Zuckerrohrfelder zu verbrennen, diesmal hat sie sich bei uns entschuldigt, und das es ihr leid tut. Was für ein Glück für uns nach alledem! Denn als sich der Zwischenfall mit der U-2 ereignete, hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten nicht entschuldigt. Sie hat ihr Recht verkündet, über sowjetische Territorium fliegen zu dürfen! Was für ein Pech für die sowjetischen Menschen! (APPLAUS)

Wir haben leider nicht viel Luftabwehr, und die Flugzeuge flogen weiter, bis die Zuckerrohrernte vorbei war. Da stand nun kein Zuckerrohr mehr, und die Bombardierungen hörten auf. Wir waren das einzige Land der Welt, das diese Anfeindungen erlitt. Allerdings erinnere ich mich gut, dass uns Präsident Sukarno anlässlich seines Besuches in Kuba sagte, dass wir nicht glauben sollten, das einzige Land zu sein, dass sie ebenfalls gewisse Probleme mit gewissen nordamerikanischen Flugzeugen gehabt haben, die ebenfalls über ihr Territorium flogen. Ich hoffe, ich habe da nichts ausgeplaudert. (LACHEN UND APPLAUS).

Sicher ist allerdings, dass wir in einer friedlichen Hemisphäre lebten, ein Land waren, das mit niemandem im Krieg stand, aber diese unaufhörlichen Angriffe von Piratenflugzeugen erdulden mussten. Und solche Flugzeuge, die ungestraft vom Territorium der Vereinigten Staaten starten und landen konnten? Lassen Sie uns sehen: Wir bitten die Delegierten, ein wenig darüber zu meditieren und bitten auch die Vereinigten Staaten, das zu tun. Hat die Bevölkerung der Vereinigten Staaten eventuell die Gelegenheit, sich über die Dinge zu informieren, die hier besprochen werden, und über die Tatsache nachzudenken, ob das Territorium der Vereinigten Staaten laut Aussagen der Regierung der USA gegen feindliche Luftangriffe wirklich perfekt bewacht und geschützt ist, und dass die Maßnahmen zur Verteidigung des Territoriums der Vereinigten Staaten unfehlbar sind? Dass die Maßnahmen zur Verteidigung der von ihnen bezeichneten „freien“ Welt unfehlbar sind- zumindest für uns war das bis

zum 1. Januar 1959 nicht der Fall, und dass dieses Territorium eine perfekte Verteidigung genießt? Wenn das so ist, wie erklärt sich dann, dass nicht etwa Überschallflugzeuge, sondern einfache Flieger mit einer Geschwindigkeit von knapp 150 Meilen in aller Ruhe ins nationale Territorium der USA ein- und ausfliegen können, hin und zurück zwei Luftstützpunkte passieren können, ohne dass die Regierung der Vereinigten Staaten auch nur Notiz davon nimmt, dass diese Flugzeuge in nationales Territorium ein- und ausfliegen? Das bedeutet zwei Dinge: Entweder belügt die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Bevölkerung oder die Vereinigten Staaten sind gegen Angriffe aus der Luft nicht gewappnet, oder die Regierung der Vereinigten Staaten war Komplize dieser Luftraumverletzungen. (APPLAUS)

Die Verletzungen des Luftraums endeten, und es kamen die Angriffe auf die Wirtschaft. Was war eines der Argumente, die die Feinde der Agrarreform verfochten? Sie sagten, die Agrarreform bringe das Chaos in die landwirtschaftliche Produktion, dass die Produktion merkbar sinken würde, und dass die Regierung der Vereinigten Staaten um Kuba besorgt sei, dass die Versorgung des US-amerikanischen Marktes nicht wie vereinbart garantiert werden könne. Das erste Argument lautete: Die Agrarreform ruiniert das Land. Es ist gut so, dass sich zumindest die anwesenden neuen Delegationen allmählich an einige Argumente gewöhnen, wenn sie eines Tages mit ähnlichen konfrontiert werden. Aber das war nicht der Fall. Wenn die landwirtschaftliche Produktion tatsächlich gesunken wäre und also durch die Agrarreform das Land ruiniert hätte, dann wäre es für die US-amerikanische Regierung nicht notwendig gewesen, ihre Angriffe auf die Wirtschaft fortzusetzen.

Glaubten sie wirklich, was sie sagten, als sie feststellten, dass die Agrarreform eine Senkung der Produktion mit sich bringen würde? Vielleicht glaubten sie das wirklich! Es ist logisch, dass jeder das glaubt, worauf er sein Denken vorbereitet hat, was geglaubt werden soll. Es ist möglich, dass sie sich einbilden, dass wir Kubaner ohne die allmächtigen Monopolgesellschaften unfähig wären, Zucker zu produzieren. Das ist möglich. Vielleicht hatten sie sogar darauf vertraut, dass wir das Land ruinieren. Natürlich ist klar, wenn die Revolution das Land ruiniert hätte, hätten die Vereinigten Staaten keinen Anlass gehabt uns anzugreifen, sie hätten uns allein gelassen, und die Regierung der Vereinigten Staaten hätte als eine sehr noble und wohlwollende Regierung dagestanden, und wir Männer, die die Nation ruiniert haben würden, wären ein großes Beispiel dafür, dass man keine Revolutionen machen kann, weil Revolutionen die Länder ruinieren. Das war nicht der Fall. Es gibt einen Beweis, dass Revolutionen die Länder nicht ruinieren. Diesen Beweis liefert die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie hat vieles unter Beweis gestellt, hat viele Dinge bewiesen, unter anderem, dass Revolutionen die Länder nicht ruinieren, dass aber imperialistische Regierungen sehr wohl fähig sind zu versuchen, Länder zu ruinieren!

Kuba ist nicht in den Ruin gegangen, man müsste es absichtlich ruinieren. Kuba brauchte neue Märkte für seine Produkte, und wir könnten die hier anwesenden Delegationen offen fragen, welche würden nicht wollen, dass ihr Land die Dinge verkauft, die es produziert, welche würden nicht wollen, die Exporte zu erhöhen? Wir wollten unsere Exporte erhöhen. Das wollen alle Länder, das muss ein universelles Gesetz sein.

Nur das egoistische Interesse kann gegen das universelle Interesse des Handelsaustausches sein. Das ist eines der ältesten Ziele und Bedürfnisse der Menschheit.

Auch wir wollten unsere Produkte verkaufen und waren auf der Suche nach neuen Märkten, und schlossen ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion ab, indem wir eine Million Tonnen [Zucker] verkaufen und bestimmte Mengen an sowjetischen Waren und Produkten einkaufen werden. Da würde niemand sagen, dass das unkorrekt sei. Aber es gab welche, die das sagten, weil das einigen Interessen zuwiderläuft. Wir mussten das US-Außenministerium wirklich nicht um Erlaubnis fragen, um ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion abzuschließen, denn wir sahen, sehen und werden uns auch weiterhin als wirklich freies Land sehen.

Als sich der Zucker im Interesse unserer Wirtschaft zu vermindern begann, erhielten wir einen Prankenhieb: Auf Bitten des Staatsoberhauptes der Vereinigten Staaten beschloss der Kongress ein Gesetz, demzufolge der Präsident oder die Regierung befugt war, die Obergrenze der Zuckerimporte aus Kuba nach ihrem Gutdünken zu senken. Man zog blank gegen die Wirtschaft unsere Revolution. Die Rechtfertigung dieser Handlungsweise haben die Publizisten von langer Hand vorbereitet; die Kampagne war seit langen gereift, denn Sie wissen sehr wohl, dass hierbei Monopole und Werbung zwei absolut bekannte Dinge sind. Die Wirtschaft als Waffe: Man reduziert mit einem Schlag unsere Zuckerquote um fast eine Million Tonnen- Zucker, der bereits für den US-amerikanischen Markt bestimmt war, um unser Land seiner Mittel für die Entwicklung zu berauben, um unser Land machtlos zu machen, um damit politische Ziele zu erreichen. Diese Maßnahme war im Regionalen Völkerrecht ausdrücklich geächtet. Die wirtschaftliche Aggression, wie alle Delegierten aus Lateinamerika wissen, wird durch das Regionale Völkerrecht ausdrücklich verurteilt. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten verletzt dieses Recht, benutzt die Wirtschaft als Waffe, beraubt uns unserer Zuckerquote von fast einer Million Tonnen, sonst nichts. Sie konnten das tun.

Wie sollte sich Kuba angesichts dieser Tatsachen verteidigen? Sich an die UNO wenden. Sich an die UNO wenden, um die politischen und wirtschaftlichen Aggressionen anzuprangern, um gegen die Verletzungen des Luftraums durch Piratenflugzeuge und gegen die subversiven Kampagnen gegen die revolutionäre Regierung von Kuba zu klagen.

Wir haben uns an die UNO gewendet. Die UNO hat Befugnisse, diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen; die UNO ist in der Hierarchie der internationalen Organisationen die höchste Autorität; die UNO hat die Macht noch über der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS). Außerdem wollten wir, dass das Problem in die UNO kommt, denn wir verstehen die Situation, in der sich die Wirtschaft der Völker Lateinamerikas befindet, die Situation der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Die UNO kennt das Problem und bittet die OAS um eine Untersuchung; die OAS beruft eine Versammlung ein. Sehr gut. Was war da zu erwarten? Dass die OAS das angegriffene Land schützte; dass die OAS die politischen Aggressionen gegen Kuba verurteilen könnte; und dass die OAS vor allem die wirtschaftlichen Aggressionen gegen unser Land verurteilen könnte. Das war zu erwarten. Schließlich und endlich waren wir nur ein kleines Volk der lateinamerikanischen Staatengemeinschaft; schließlich und endlich waren wir noch ein weiteres Volk, das solchen Angriffen ausgesetzt war, nicht das erste und nicht das letzte, denn Mexiko war schon mehr als einmal militärisch angegriffen worden. In einem Krieg haben sie dem Lande ein großes Stück seines Territoriums entrissen, aus diesem Anlass haben sich heldenhafte Söhne Mexikos lieber von der Festung Chapultepec hinuntergestürzt, in mexikanische Fahnen eingewickelt, als sich zu ergeben, das sind die Heldenkinder von Mexiko! (APPLAUS)

Und das war nicht die einzige Aggression, es war nicht das einzige Mal, dass die US-amerikanische Infanterie mexikanisches Territorium betreten hat. Es gab eine Intervention in Nicaragua. Sieben Jahre lang hat Augusto César Sandino heldenhaft Widerstand geleistet. In Kuba wurde mehr als einmal interveniert, ebenso in Haiti, Santo Domingo und Guatemala. Wer wäre hier ehrlicherweise fähig, die Intervention der United Fruit Company und des US-Außenministeriums bei der Zerschlagung der rechtmäßigen Regierung Guatemalas abzustreiten? Ich meine, dass es Menschen gibt, die ihre offizielle Pflicht darin sehen, sich zu diesen Fragen diskret zu verhalten, und auch solche, die hier her kommen und das verneinen, aber in der Tiefe ihres Bewusstseins wissen sie, dass wir ganz einfach die Wahrheit sagen.

Kuba war nicht das erste Land, das angegriffen wurde; Kuba war nicht das erste Land, über dem die Gefahr des Eingreifens schwebte. In dieser Hemisphäre weiß jeder, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sein Gesetz aufzwingt: Das Gesetz des Stärkeren, dieses Gesetz des Stärkeren, in dessen Namen die Nationalität Puerto Ricos zerstört und die Herrschaft über diese brüderliche Insel aufrechterhalten wurde!; dieses Gesetz, in dessen Namen man sich des Panama-Kanals bemächtigte und immer noch sein eigen nennt.

Das war nichts Neues. Unser Vaterland hätte verteidigt werden müssen, aber es wurde nicht verteidigt. Warum? Hier muss man auf den Grund der Dinge gehen und nicht nach der Form schauen. Wenn wir

uns an das geschriebene Wort halten, gibt es für uns Garantien; wenn wir uns an die Realität halten, sind wir absolut ohne Garantien, weil sich die Realität über das geltende Recht in den internationalen Gesetzbüchern hinwegsetzt, und diese Realität bedeutet in einem kleinen Land, angegriffen durch eine mächtige Regierung, dass es von niemandem verteidigt wurde und nicht verteidigt werden konnte.

Und andererseits, wie steht es mit Kostarika? Oh, Wunder, welches Einfallsreichtum dort in Kostarika! In Kostarika werden die Vereinigten Staaten oder die Regierung der Vereinigten Staaten nicht verurteilt... Erlauben Sie mir, ich möchte verhindern, dass unsere Gefühle in Bezug auf das Volk der Vereinigten Staaten verwechselt werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten wurde nicht für die 60 Verletzungen des Luftraums durch Piratenflugzeuge verurteilt, sie wurde nicht für die wirtschaftlichen Aggressionen und für viele andere Aggressionen verurteilt. Nein! Die Sowjetunion wurde verurteilt. Wie sonderbar! Wir waren zwar nicht von der Sowjetunion angegriffen worden; kein sowjetisches Flugzeug ist über unser Territorium geflogen, und dennoch wird seitens Kostarika die Sowjetunion wegen Einmischung verurteilt. Die Sowjetunion hat sich darauf beschränkt zu sagen, dass im Falle einer militärischen Aggression gegenüber unserem Land die sowjetische Artillerie, bildlich gesprochen, das angegriffene Land unterstützen könne.

Seit wann ist die Unterstützung für ein kleines Land im Falle eines Angriffs durch ein mächtiges Land eine Einmischung? Warum gibt es im Recht den Begriff „unmögliche Bedingungen“, wenn ein Land gar nicht fähig ist, eine bestimmte Straftat zu verüben, dann reicht es zu sagen: „Die Möglichkeit ist nicht gegeben, dass die Sowjetunion Kuba unterstützt, weil es nicht möglich ist, dass wir ein kleines Land angreifen.“ Aber dieses Prinzip wird nicht aufgestellt. Man stellt das Prinzip auf, dass man die Einmischung der Sowjetunion zu verurteilen hat.

Die Bombardements auf Kuba betreffend? Nichts. (APPLAUS) Die Aggressionen Kubas betreffend? Nichts.

Selbstverständlich werden wir uns an etwas erinnern, etwas, was uns irgendwie alle besorgt machen muss. Wir alle, ohne Ausnahme alle der hier Anwesenden, sind Akteure und Beteiligte eines folgenschweren Augenblicks der Geschichte der Menschheit. Manchmal scheint es so, als würden wir nicht vor eine Prüfung gestellt, unsere Taten nicht kritisiert und verurteilt, scheinbar nehmen wir diese Prüfung nicht wahr, vor allem dann nicht, wenn wir vergessen, dass wir das Privileg hatten, Akteure dieses weitreichenden Augenblicks der Geschichte zu sein, und eines Tages die Geschichte auch uns für unsere Taten richten wird. Angesichts der Wehrlosigkeit unserer Heimat in der Versammlung von Kostarika... Deswegen lächeln wir, denn die Geschichte wird dieses Ereignis beurteilen.

Und das sage ich ohne Bitterkeit: Es ist schwierig, die Menschen zu verurteilen. Die Menschen sind sehr oft Spielzeuge der Umstände, und wir, die wir die Geschichte unseres Landes kennen, sind außerdem einmalige Zeugen dessen, was unser Land heute durchmacht. Wir verstehen, wie schrecklich es ist, wenn eine Wirtschaft und das Leben einer Nation im Allgemeinen von der wirtschaftlichen Macht des Auslands abhängig gemacht werden. Es genügt ganz einfach unser Land als Beispiel zu nehmen, wie wehrlos es blieb. Und noch etwas: Das Interesse, das vorhanden ist, die Dinge nicht vor der UNO vorzubringen, weil man vielleicht meint, es sei einfacher, eine mechanische Mehrheit in der OAS zu erlangen. Und nach alledem ist diese Furcht noch nicht einmal wirklich erklärbar, denn wir haben gesehen, dass auch hier in der UNO oftmals die mechanischen Mehrheiten funktioniert haben.

In aller Loyalität gegenüber dieser Institution muss ich hier sagen, dass die Völker, unser Volk, ja, unser Volk, jene Menschen dort in unserem Vaterland, ein Volk ist, das viel gelernt hat, unser Volk ist ein Volk, und das sagen wir mit Stolz, dass auf der Höhe seiner Zeit ist und der Rolle gerecht wird, die es in diesem Augenblick spielt, und auf der Höhe des heroischen Kampfes, den es ausficht... unser Volk, dass in der Schule der letzten internationalen Ereignisse gelernt hat, weiß, dass ihm im letzten Moment, wenn ihm sein Recht negiert wird, wenn sich über ihm die aggressiven Kräfte zusammenbrauen, dann bleibt ihm das höchste Mittel, das heroische Mittel zu widerstehen, wenn sein Recht nicht einmal in der UNO garantiert wird, nicht einmal in der UNO. (LANGER APPLAUS)

Deshalb fühlen wir kleinen Länder uns gar nicht so sicher, dass unser Recht gewahrt wird; und wenn wir kleinen Länder frei sein wollen, wissen wir, dass das zu unseren eigenen Lasten und Kosten geht. Und weil die Völker, tatsächlich die Völker, die sich vereinen und ihre wahren Rechte verteidigen, auf ihre eigenen Kräfte vertrauen können, denn da handelt es sich nicht nur um eine Gruppe von Menschen, wie man uns nachsagen will, um ein Land zu regieren. Es handelt sich um ein Volk, das ein Land regiert; es handelt sich um ein ganzes, fest zusammenstehendes Volk mit großem revolutionären Bewusstsein, das seine Rechte verteidigt. Und das müssen die Feinde der Revolution und Kubas wissen, denn wenn sie das ignorieren, begehen sie einen bedauerlichen Fehler.

Das sind die Umstände, unter denen sich der kubanische revolutionäre Prozess entwickelt hat; wie wir das Land vorgefunden haben und warum die Schwierigkeiten entstanden sind. Und trotz alledem, trotz alledem ist die kubanische Revolution dabei, das zu verändern, was gestern ein Land ohne Hoffnung war, ein Land des Elends, ein Land mit einem Teil Analphabeten, sie verwandelt es in ein Land, das sehr bald eines der fortschrittlichsten und am weitesten entwickelten Völker auf diesem Kontinent sein wird.

Die revolutionäre Regierung hat in nur zwanzig Monaten 10 000 neue Schulen geschaffen, das heißt, in so kurzer Zeit hat sich die Anzahl der Schulen auf dem Lande verdoppelt, die vorher in 50 Jahren errichtet worden waren. Und Kuba ist heute das erste Land Amerikas, das seinen gesamten Bedarf an Schulen befriedigt und einen Lehrer bis in den letzten Winkeln im Gebirge hat.

Die revolutionäre Regierung hat in diesem kurzen Zeitraum 25 000 Wohnungen in ländlichen Gebieten und Städten gebaut; fünfzig neue Dörfer sind in unserem Land in diesem Moment im Entstehen; die bedeutendsten militärischen Festungen beherbergen heute zehntausende von Schülern und Studenten, und im nächsten Jahr will sich unser Volk die große Schlacht gegen das Analphabetentum vornehmen, mit dem ehrgeizigen Ziel, allen, bis zum letzten Analphabeten, im nächsten Jahr Lesen und Schreiben beizubringen. Darauf bereiten sich Organisationen von Lehrern, Arbeitern, Schülern und Studenten vor, das heißt, das ganze Volk bereitet sich auf diese intensive Kampagne vor, und Kuba wird das erste Land Amerikas sein, das nach einigen Monaten sagen kann, dass es keinen einzigen Analphabeten mehr gibt.

Unsere Bevölkerung wird heute von Hunderten von Ärzten betreut, die aufs Land geschickt wurden, um Krankheiten und Parasiten zu bekämpfen und um die hygienischen Bedingungen der Nation zu verbessern.

Ein anderer Aspekt ist die Erhaltung der Naturvorkommen. Auch hier können wir sagen, dass wir in nur einem Jahr den ehrgeizigsten Plan zur Bewahrung der Naturvorkommen auf diesem Kontinent, einschließlich der Vereinigte Staaten und Kanada umgesetzt haben, indem wir etwa fünfzig Millionen Bäume für Nutzholz gepflanzt haben.

Die jungen Menschen ohne Arbeit oder ohne Schule werden heute, organisiert durch die revolutionäre Regierung, zu nützlichen Arbeiten für das Land eingesetzt und gleichzeitig für produktive Arbeiten vorbereitet.

Die landwirtschaftliche Produktion in unserem Land hat etwas beinahe Einmaliges geschafft, die Erhöhung der Produktion vom ersten Moment an. Von Anfang an wurde eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht. Warum? Weil die revolutionäre Regierung zuerst 100 000 kleine Landwirte, die vorher Pacht bezahlten, in Eigentümer ihres Grund und Bodens verwandelt hat. Gleichzeitig wurde die Produktion auf Großflächen in Form von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufrechterhalten, das heißt, dass die Produktion von Großunternehmen durch die Genossenschaften erhalten blieb. Dank dessen konnten modernere technische Verfahren auf unsere landwirtschaftliche Produktion angewendet werden, und es wurde von Anfang an eine Erhöhung der Produktion registriert.

Alle sozialen Verbesserungen in Bezug auf Lehrer, Wohnungen und Krankenhäuser haben wir geschaffen, ohne dafür die Mittel für die Entwicklung zu opfern, da die revolutionäre Regierung in diesem Moment ein Programm der Industrialisierung des Landes aufgelegt hat; die ersten Fabriken sind

im Moment bereits im Bau.

Wir haben die Ressourcen unseres Landes rationell eingesetzt. Früher wurden in Kuba zum Beispiel 35 Millionen US-Dollar für den Import von Autos und 5 Millionen US-Dollar für Traktoren ausgegeben. Ein Land, hauptsächlich landwirtschaftlich, hat sieben Mal mehr Autos als Traktoren eingeführt. Wir haben dieses Verhältnis umgekehrt, wir importieren sieben Mal mehr Traktoren als Autos.

Etwa 500 Millionen US-Dollar wurden von Politikern wiederbeschafft, die sich während der Tyrannei bereichert hatten. Etwa 500 Millionen US-Dollar in Gütern und Geldern, das ist der zurückgewonnene Gesamtwert der korrumpierten Politiker, die sieben Jahre lang unser Land ausgeplündert haben. Die Revolution erlaubt die ordnungsgemäße Investition jener Produkte, Reichtümer und Ressourcen. Gleichzeitig entwickelt sie einen Plan zur Industrialisierung und zum Wachstum unserer Landwirtschaft, kann Wohnungen bauen, Schulen bauen, Lehrer in die entferntesten Winkel unseres Landes bringen und medizinische Betreuung gewährleisten, das heißt, ein soziales Entwicklungsprogramm auf den Weg bringen.

Und gerade jetzt, wie Sie wissen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten in der Versammlung in Bogota erneut einen Plan vorgeschlagen. Ist das ein Plan der ökonomischen Entwicklung? Nein. Sie hat einen Plan zur sozialen Entwicklung vorgeschlagen. Was versteht man darunter? Das ist auch ein Plan, um Häuser zu bauen, ein Plan, um Schulen zu bauen, ein Plan zum Straßenbau. Aber wird damit das Problem gelöst? Wie können die sozialen Probleme gelöst werden ohne einen Plan der ökonomischen Entwicklung? Wollen Sie die Völker Lateinamerikas verspotten? Wovon werden die Familien leben, die in diesen Häusern wohnen, wenn sie sie denn wirklich bauen? Mit welchen Schuhen, welcher Kleidung und welcher Nahrung werden die Kinder versorgt, die in diese Schulen gehen? Weiß man vielleicht nicht, dass, wenn die Familien weder Kleidung noch Schuhe für die Kinder haben, dass sie sie nicht zur Schule schicken? Womit werden sie die Lehrer bezahlen? Womit werden sie die Ärzte bezahlen? Wovon werden sie die Medizin bezahlen? Brauchen Sie ein gutes Mittel, um Medizin zu sparen? Verbessern Sie die Ernährung des Volkes? Was man dem Volk an besserer Ernährung gibt, das spart man an Krankenhäusern.

Und außerdem, angesichts dieser tatsächlich starken Unterentwicklung kommt die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt mit der Idee eines sozialen Entwicklungsplans. Natürlich, das ist wenigstens etwas, um sich um die Probleme in Lateinamerika zu kümmern. Bis jetzt hat sie sich um nichts gekümmert. Welch ein Zufall, dass sie sich gerade jetzt um diese Probleme kümmert! Jede Ähnlichkeit mit der Tatsache, dass sich diese Sorge nach der kubanischen Revolution eingestellt hat, wird sie wahrscheinlich verneinen und sagen, dass sei reiner Zufall.

Bis jetzt haben sich die Monopole um andere Dinge gekümmert, um die Ausbeutung der unterentwickelten Länder. Da erscheint die kubanische Revolution, und schon beginnen die Monopole, während man uns wirtschaftlich angreift und uns zermalmen möchte, mit der anderen Hand Almosen für die Völker Lateinamerikas zu verteilen. Sie bieten nicht die Mittel für die ökonomische Entwicklung an, die Lateinamerika braucht, sondern sie bieten Mittel für die soziale Entwicklung an; für Häuser, in denen Menschen wohnen werden, die keine Arbeit haben, für Schulen, in die die Kinder nicht gehen, und für Krankenhäuser, die nicht so dringend notwendig wären, wenn es eine etwas bessere Ernährung in Lateinamerika gäbe.

Nach alledem, auch wenn einige Kollegen aus Lateinamerika meinen, es wäre ihr Pflicht, sich hier diskret zu verhalten, ist eine Revolution wie die kubanische Revolution willkommen, die zumindest dafür gesorgt hat, dass sich die Monopole nun kümmern, wenigsten einen kleinen Teil dessen zurückzugeben, was sie an Naturressourcen und dem Schweiß der Völker Lateinamerikas herausgeholt haben.
(APPLAUS)

Auch, wenn wir in dieser Hilfe nicht einbegriffen sind, macht uns das keine Sorgen. Wegen solcher Dinge sind wir nicht böse; wir haben die Lösung der gleichen Probleme wie Schulen und Wohnungen usw. seit längerem selbst in Angriff genommen. Es wäre denkbar, dass hier jemand daran zweifelt, dass wir hier

nur Propaganda machen, weil der Präsident, der Herr Presidente der Vereinigten Staaten gesagt hat, das einige hierher kommen, um das als Propagandatribüne zu nutzen. Natürlich sind die Kollegen der Vereinten Nationen eingeladen, jederzeit nach Kuba zu kommen. Wir verschließen weder die Tür vor jemandem, noch sperren wir jemanden ein. Jeder Kollege aus dieser Versammlung kann Kuba besuchen und mit eigenen Augen sehen... Sie kennen das Kapitel aus der Bibel, in dem der Heilige Thomas spricht und sagt, er müsse sehen um zu glauben. Ich meine, es war der Heilige Thomas.

Und außerdem können wir auch die Journalisten und die Mitglieder der Delegationen einladen, dass sie Kuba besuchen und sehen, wozu ein Volk fähig ist, wenn es seine eigenen Ressourcen nutzt und ehrlich und rationell investiert.

Aber wir lösen nicht nur unsere Wohnungs- und Schulprobleme, sondern auch die Probleme unserer [wirtschaftlichen] Entwicklung, denn ohne die Probleme der Entwicklung zu lösen, wird es niemals eine Lösung der sozialen Probleme geben.

Aber, was passiert? Warum will die Regierung der Vereinigten Staaten nicht über diese Entwicklung sprechen? Ganz einfach, weil die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht mit den Monopolen anlegen will; die Monopole fordern Naturvorkommen und Märkte für die Investition ihres Kapitals. Das ist der große Widerspruch, deshalb kommt man nicht zum Kern einer echten Lösung des Problems, deshalb macht man kein Programm mit öffentlichen Investitionen zur Entwicklung der unterentwickelten Länder.

Und es ist richtig, dass man hier in aller Deutlichkeit sagt, warum am Ende wir, die unterentwickelten Länder, hier die Mehrheit sind, falls das jemand nicht weiß; schließlich sind wir Zeugen dessen, was in den unterentwickelten Ländern passiert.

Und trotz alledem sucht man nicht die wahre Lösung des Problems; man spricht immer von der Beteiligung des privaten Kapitals. Das will heißen, Markt für die Investition des überschüssigen Kapitals. Investitionen wie jene, die sich in fünf Jahren amortisiert haben.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann keinen Plan der öffentlichen Investition vorschlagen, das würde sie des Sinns ihres Daseins berauben, denn das sind die US-amerikanischen Monopole.

So ist das, und da muss man nicht weiter drumherum reden. Der Sinn, weshalb man kein wirkliches Programm der ökonomischen Entwicklung fördert, ist der, dass man sich unsere Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien für Investitionen mit überschüssigen Kapital vorbehalten will.

Bis hier haben wir über die Probleme unseres Landes gesprochen. Und darüber, warum diese Probleme nicht gelöst wurden. Wollen wir sie vielleicht gar nicht lösen? Nein. Die Regierung Kubas war immer bereit, ihre Probleme mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu diskutieren, aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Probleme mit Kuba nicht diskutieren wollen, und sie wird ihre Gründe haben, weshalb sie die Probleme Kubas nicht diskutieren will.

Hier haben wir die Verbalnote, die die revolutionäre Regierung Kubas am 27. Januar 1960 an die Regierung der Vereinigten Staaten geschickt hat. Da heißt es:

„Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen beiden Regierungen existieren und Gegenstand diplomatischer Verhandlungen sein können, können mittels solcher Verhandlungen effektiv gelöst werden. Die Regierung Kubas ist voll und ganz bereit, ohne Vorbehalt und in voller Breite alle jene Differenzen zu diskutieren, und erklärt ausdrücklich, dass es ihrerseits keinerlei Hindernisse gibt, die die Durchführung jener Verhandlungen mittels der traditionell geeigneten Wege und Instrumente zu diesem Zweck verhindern würden. Auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und des beiderseitigen Nutzens für die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, wünscht die Regierung Kubas die Erhaltung und Erweiterung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen und hält dafür, dass auf dieser Basis die traditionelle Freundschaft zwischen dem kubanischen und dem

nordamerikanischen Volk unzerstörbar ist."

Am 22. Februar des gleichen Jahres:

„Die revolutionäre Regierung Kubas hat in Übereinstimmung mit ihrem Vorschlag, an die auf diplomatischem Wege bereits begonnenen Verhandlungen über die noch ausstehenden Angelegenheiten zwischen Kuba und den Vereinigte Staaten von Nordamerika anzuknüpfen, entschieden, eine Kommission mit entsprechenden Befugnissen zu diesem Zwecke zu ernennen, um in Washington weitere Schritte zu einem für beide Seiten passenden Datum zu unternehmen.

Die revolutionäre Regierung Kubas wünscht dennoch zu erklären, dass die Wiederaufnahme und der bisherige Fortgang besagter Verhandlungen notwendigerweise dem Kongress zu unterstellen sind, damit durch die Regierung oder den Kongress Ihres Landes keine einseitigen Maßnahmen ergriffen werden, die die Ergebnisse der oben genannten Verhandlungen vorschnell verurteilen oder Schäden oder Beeinträchtigungen für die kubanische Wirtschaft oder die Bevölkerung verursacht werden. Es ist wohl angebracht hinzuzufügen, das die Zustimmung der Regierung Eurer Exzellenz zu diesem Gesichtspunkt nicht nur zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern beitragen würde, sondern dass auch der Geist der brüderlichen Freundschaft gefestigt würde, der unsere Völker verband und verbindet. Das würde außerdem erlauben, dass beide Regierungen in einer ruhigen Atmosphäre und im weitesten Sinne die Fragen prüfen könnten, die die traditionellen Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigte Staaten von Nordamerika beeinträchtigt haben."

Wie lautete die Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten?

„Die Regierung der Vereinigten Staaten kann die in der Note Ihrer Exzellenz zum Ausdruck gebrachten Verhandlungsbedingungen hinsichtlich des Zweckes, dass keine einseitigen Maßnahmen seitens der Regierung der Vereinigten Staaten getroffen werden, die die kubanische Wirtschaft und seine Bevölkerung beeinträchtigen könnten, sei es durch die Legislative oder durch die Exekutive, nicht akzeptiere,. Wie Präsident Eisenhower am 26. Januar sagte, muss sich die Regierung der Vereinigten Staaten in Ausübung ihrer eigenen Souveränität frei bewegen, um die Schritte zu unternehmen, die sie im Bewusstsein ihrer internationalen Verpflichtungen zur Verteidigung der legitimen Rechte oder Interessen ihres Volkes für notwendig erachtet."

Das heißt, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht herablässt, mit dem kleinen Land, das Kuba ist, seine Differenzen in den Beziehungen zu diskutieren.

Welche Hoffnung setzt das Volk Kubas also in die Lösung dieser Probleme? Nun, alle diese Tatsachen, die wir beobachten konnten, verschwören sich gegen die Lösung jener Probleme, und die Vereinten Nationen sollen das sehr wohl zur Kenntnis nehmen, weil die Regierung Kubas und das Volk Kubas außerordentlich über den aggressiven Ton besorgt sind, den die Politik der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba anschlägt. Darüber sollten wir gut informiert sein.

In erster Linie beansprucht die Regierung der Vereinigten Staaten das Recht, die Subversion in unserem Land zu voranzutreiben; die Regierung der Vereinigten Staaten fördert die Organisation subversiver Bewegungen gegen die revolutionäre Regierung Kubas, und wir klagen das hier in dieser Vollversammlung an. Ganz konkret wollen wir anklagen, dass sich die Regierung der Vereinigten Staaten zum Beispiel einer Karibikinsel, deren Territorium zu Honduras gehört, bekannt unter dem Namen Cisne-Insel (Schwaneninsel), "manu militari" (mit militärischer Hand) bemächtigt hat. Dort steht Infanterie der nordamerikanischen Marine, obwohl es sich um honduranisches Territorium handelt, dort wurden die internationalen Gesetze verletzt und ein Brudervolk eines Stückes seines Territoriums beraubt. Da werden die internationalen Rundfunkabkommen verletzt, denn es wurde ein potenter Radiosender eingerichtet und in die Hände von Kriegsverbrechern und subversiven Gruppen gegeben, die dort unterhalten werden, und außerdem werden subversive Praktiken trainiert, um die Unterwanderung zu fördern, einschließlich bewaffneter Landungen auf unserer Insel.

Es wäre gut, wenn der Delegierte von Honduras vor der Vollversammlung den Rechtsanspruch von Honduras auf dieses Stück Land einfordern würde, aber diese Frage muss er entscheiden. Was uns angeht, so handelt es sich um ein Stück des Territoriums eines Bruderlandes, das ihm auf Freibeuterart durch die Regierung der Vereinigten Staaten entrissen wurde, sei es nun als Stützpunkt für Subversion oder Angriffe auf unser Territorium, und ich bitte hier im Namen der Regierung und des Volkes von Kuba darum, dass diese Klage aktenkundig gemacht wird.

Sieht sich die Regierung der Vereinigten Staaten berechtigt, die Unterwanderung unseres Landes zu fördern, alle internationalen Abkommen zu verletzen, speziell den Funkverkehr im Luftraum des Nachrichtenwesens? Soll das bedeuten, dass die revolutionäre Regierung Kubas auch das Recht hat, Subversion in den Vereinigten Staaten zu betreiben und den Funkverkehr in der Luft zu verletzen?

Welche Rechte kann die Regierung der Vereinigten Staaten über uns oder über unsere Insel haben, die wir im Namen der übrigen Völker gleichen Respekt fordern? Man muss Honduras seine Cisne-Insel zurückgeben, denn sie gehörte nie zum Hoheitsgebiet der USA. (APPLAUS)

Aber es gibt Umstände, die für unser Volk noch alarmierender sind. Es ist bekannt, dass sich die Regierung der Vereinigten Staaten mittels des Platt-Amendements [zur Verfassung], der unserem Volk mit Gewalt aufgezwungen worden war, das Recht anmaßte, Militärstützpunkte auf unserem Territorium einzurichten. Ein Recht, mit Gewalt aufgezwungen und mit Gewalt aufrechterhalten.

Ein Flottenstützpunkt auf dem Territorium eines jeden Landes ist Anlass zu gerechter Sorge. Da ist erstens die Sorge, dass ein Land, das eine aggressive und kriegerische internationale Politik betreibt, dort mitten im Herzen unserer Insel einen Stützpunkt besitzt, die für unsere Insel die Gefahr in sich birgt, in jeden internationalen Konflikt, in jeden atomaren Konflikt hineingezogen zu werden, ohne dass wir auch nur das Geringste mit dem Problem zu tun haben, weil wir absolut nichts mit den Problemen der Regierung der Vereinigten Staaten und mit den Krisen zu tun haben, die Regierung der Vereinigten Staaten herauf beschwört. Aber, es gibt dort im Herzen unserer Insel einen Stützpunkt, der im Falle jedweder kriegerischer Auseinandersetzung Gefahr für uns bedeutet.

Handelt es sich nur um diese Gefahr? Nein! Es gibt eine Gefahr, die uns noch mehr Sorgen macht, die uns noch eher trifft: Die revolutionäre Regierung Kubas hat wiederholt ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass die imperialistische Regierung der Vereinigten Staaten die in unser Territorium eingebettete Basis zum Vorwand nimmt, um einen Selbstangriff zu starten, der dann einen Angriff auf unsere Nation rechtfertigt! Ich wiederhole: Die revolutionäre Regierung Kubas hat große Sorge und trägt das hier vor, dass die imperialistische Regierung der Vereinigten Staaten einen Selbstangriff als Vorwand nimmt, um damit zu versuchen, einen Angriff auf unser Land zu rechtfertigen! Und diese Besorgnis wird immer größer, da die Aggressivität steigt und die Vorzeichen immer alarmierender sind.

Wir erhielten zum Beispiel eine Meldung der Nachrichtenagentur UPI in unserem Land, die wortwörtlich sagt: „Admiral Harley Burke, Chef der seewärtigen Operationen der Vereinigten Staaten, sagt, wenn Kuba versucht, den Flottenstützpunkt Guantánamo zu besetzen, kämpfen wir.“ In einem Interview, veröffentlicht in der Zeitschrift U.S. News and World Report– Sie entschuldigen, falls ich etwas nicht ganz richtig ausspreche– wurde Burke gefragt, ob die Flotte wegen der Situation in Kuba, die unter dem Castro-Regime herrscht, beunruhigt sei. „Ja, unsere Flotte ist beunruhigt, nicht wegen unseres Stützpunktes in Guantánamo, sondern wegen der Situation in Kuba im Allgemeinen“, antwortete Burke. Der Admiral fügt hinzu, „dass alle US-amerikanischen Militäreinheiten beunruhigt sind.“ „Ist das der strategischen Position Kubas in der Karibik zuzuschreiben?“ fragte man Burke. „Nein“, bekräftigte er, „sondern, weil es sich um ein Land handelt, dessen Volk normalerweise als Freund der Vereinigten Staaten galt, dem unser Volk gefiel und das auch uns angenehm war. Aber jetzt ist dort ein Mann mit einer kleinen Gruppe eingefleischter Kommunisten aufgetaucht, die entschieden habe, alles zu verändern. Castro hat sie gelehrt, die Vereinigten Staaten zu hassen und hat viel getan, um sein Land zu ruinieren“. Burke bekräftigte, „dass wir sehr schnell reagieren werden, wenn Castro eine Entscheidung gegen die Basis in Guantánamo treffen würde. Wenn sie versuchen, die Basis mit Gewalt einzunehmen, werden wir kämpfen,“ fügte er hinzu. Auf die Frage, ob er diese Entscheidung angesichts

der Drohung Chruschtschows, dass sowjetische Raketen Kuba unterstützen würden, zweimal überdacht hat, sagte der Admiral: „Nein, er wird seine Raketen nicht abschießen, denn er weiß sehr gut, dass er zerstört würde, wenn er das tut.“

Soll heißen, dass Russland zerstört würde?

Erstens muss man fragen, wie dieser Herr das meint, dass die Erhöhung der Industrieproduktion in unserem Land um 35%, die Schaffung neuer Arbeitsplätze für über 200 000 Kubaner und die bisherigen Lösungen unserer großen sozialen Probleme mit dem „Ruin des Landes“ gleichzusetzen sind. Und auf diesem Fundament bauen sie ihr Recht auf, die Bedingungen für eine Aggression vorzubereiten.

Sehen Sie, wie man kalkuliert, eine gefährliche Rechnung, denn dieser Herr hat scheinbar kalkuliert, das wir im Falle eines Angriffs allein dastehen werden. Das ist einfach eine Kalkulation des Herrn Burke, und sei er ein noch so hoher General, aber stellen Sie sich vor, was wird, wenn sich Herr Burke irrt. Stellen wir uns vor, dass sich Herr Burke irrt, und sei er ein noch so hoher General. (Man hört Stimmen der sowjetischen Delegation und Chruschtschows selbst.) (APPLAUS)

Admiral Burke spielt unverantwortlich mit dem Schicksal der Welt. Admiral Burke und alle Anhänger der aggressiven, militaristischen Gruppe spielen mit dem Schicksal der Welt. Aber zum Glück für uns alle ist es nicht notwendig, sich Sorgen zu machen. Wir meinen aber, dass wir, die Vertreter der verschiedenen Völker der Erde, die Pflicht haben, uns um das Schicksal der Welt zu sorgen; und die Pflicht haben, alle zu verurteilen, die unverantwortlich mit dem Glück ihres eigenen Volkes und mit dem Schicksal aller Völker der Welt spielen. Und sie spielen nicht nur mit dem Schicksal unseres Volkes, sie spielen mit dem Schicksal ihres eigenen Volkes und mit dem Schicksal aller Völker der Erde! Oder glaubt Admiral Burke vielleicht, dass wir noch immer in der Epoche der Musketen leben, und dieser Admiral Burke nicht bemerkt hat, dass wir in der Atomzeit leben, deren zerstörerische Kraft sich nicht einmal Dante oder Leonardo da Vinci vorstellen konnten, mit all ihrer Vorstellungskraft, weil sie über das hinausgeht, was sich der Mensch jemals vorstellen konnte. Aber, er kalkuliert, und die United Press hat das natürlich schon in aller Welt verbreitet. Die Zeitschrift wird in Kürze veröffentlicht, und schon beginnt man mit der Vorbereitung von Kampagnen, und man beginnt, Hysterie zu erzeugen, und man beginnt, die imaginäre Gefahr einer Aktion unsererseits gegen den Stützpunkt zu verbreiten.

Das ist noch nicht alles. Gestern erschien hier eine weitere Information der UPI: Sie enthielt einige Erklärungen eines nordamerikanischen Senators, mir scheint sein Name spricht sich Stail Bridge aus, der, wenn ich richtig verstanden habe, Mitglied der militärischen Kommission des Senats der Vereinigten Staaten ist, und heute sagte: „Die Vereinigten Staaten müssen ihren Flottenstützpunkt in Guantánamo in Kuba um jeden Preis vorbereiten.“ Er sagte: „Wir müssen so weit gehen, wie es notwendig ist, um diese gigantische Einrichtung der Vereinigten Staaten zu verteidigen. Wir haben dort Seestreitkräfte, Marineinfanterie, und wenn wir angegriffen würden, würde ich sie verteidigen, ganz gewiss, denn ich glaube, es ist der wichtigste Stützpunkt in der gesamten Karibik.“

Dieses Mitglied des Senatskomitees der bewaffneten Streitkräfte, Bridge, hat zum Beispiel den Einsatz von Atomwaffen im Falle eines Angriffs auf die Basis nicht ausgeschlossen.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass nicht nur Hysterie erzeugt wird, dass nicht nur das Umfeld systematisch vorbereitet wird, sondern dass man uns auch noch mit Atomwaffen bedroht. Eine von vielen Fragen an diesen Herrn Bridge, die uns dazu einfallen, ist, ob er sich nicht schämt, ein so kleines Land wie Kuba mit Atomwaffen zu bedrohen? (LANGER APPLAUS)

Mit allem Respekt unsererseits müssen wir ihm sagen, dass die Probleme der Welt nicht durch Drohungen und durch Angstsäen gelöst werden. Und was soll unser einfaches und kleines Volk, was wollen wir mit ihm tun?... Wir sind da, auch wenn ihm das nicht passt, und die Revolution schreitet voran, auch wenn ihm das missfällt. Und außerdem: Unser kleines und einfaches Volk muss sein Schicksal tragen, es hat keine Angst vor seinen Drohungen, Atomwaffen einzusetzen.

Was bedeutet das? Hier gibt es viele Länder, die US-amerikanische Stützpunkte haben, aber diese sind zumindest nicht gegen die Regierungen gerichtet, die die Konzessionen an sie vergaben, soweit wir darüber informiert sind. Unser Fall ist der tragischste Fall; in unserem Fall handelt es sich um eine Basis auf unserem Territorium, auf der Insel, gegen Kuba und gegen die revolutionäre Regierung Kubas gerichtet. Das heißt, in Händen jener, die sich zu Feinden unseres Vaterlandes erklären, zu Feinden unserer Revolution und zu Feinden unseres Volkes. In der Geschichte aller Stützpunkte, die es heute überall in der Welt gibt, ist Kuba der tragischste Fall: Ein Stützpunkt, der mit Gewalt eingerichtet wurde, unverwechselbar auf unserem Territorium, in weiter Entfernung von den Küsten der Vereinigten Staaten, gegen Kuba, gegen das Volk, mit Gewalt aufgezwungen und eine Bedrohung und Beunruhigung für unser Volk.

Deshalb müssen wir hier in erster Linie erklären, dass man mit diesem Gerede über Angriffe Hysterie erzeugen will und die Bedingungen für eine Aggression gegen unser Land vorbereiten will, wovon wir nie gesprochen haben, nie ein einziges Wort gesagt haben, das die Idee irgendeiner Attacke auf den Flottenstützpunkt von Guantánamo impliziert. Wir sind die Ersten, die daran interessiert sind, dem Imperialismus keinen Vorwand zu liefern, um uns anzugreifen. Und das erklären wir hier mit aller Entschiedenheit; aber wir erklären auch, dass von dem Augenblick an, in dem sich der Stützpunkt in eine Bedrohung für die Sicherheit und die Ruhe unseres Landes und in eine Bedrohung für unser Volk verwandelt, ist die revolutionäre Regierung ernsthaft geneigt, im Rahmen der Richtlinien des internationalen Rechts, den Rückzug der militärischen und Seestreitkräfte der Regierung der Vereinigten Staaten von diesem Teil des nationalen Territoriums zu beantragen. (LANGER APPLAUS)

Der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten bleibt nichts anderes übrig, als ihr Kräfte zurückzubehalten, denn wie will sie vor der Welt ihren Anspruch rechtfertigen, einen Atomstützpunkt oder eine Basis zu errichten, die für unser Volk eine Bedrohung auf einem Stück unseres nationalen Territoriums, auf einer unverwechselbaren Insel darstellt, auf einem Territorium der Erde, das das kubanische Volk bewohnt? Wie kann sie vor der Welt rechtfertigen, die Souveränität über ein Stück unseres Territoriums beibehalten zu wollen? Wie will sie vor der Welt diesen Akt der Willkür vertreten? Und da sie jenes Recht vor der Welt nicht rechtfertigen kann, wenn unsere Regierung den Antrag im Rahmen der Richtlinien des internationalen Rechts stellt, müsste die Regierung der Vereinigten Staaten dieses Recht attackieren.

Genau deshalb soll die Versammlung gut über die Probleme Kubas informiert sein, durch uns, denn wir müssen gegen Betrug und gegen Irreführung gewappnet sein. Wir müssen ganz deutlich alle diese Probleme erläutern, denn das hat mit der Sicherheit und dem Schicksal unseres Landes zu tun. Deshalb bitten wir darum, diese Worte ganz klar zu protokollieren, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass es nicht so aussieht, als ob sich die Meinung oder die Fehlinterpretation, die die Politiker dieses Landes hinsichtlich der Probleme Kubas haben, verbessern wird.

Selbst hier gibt es zum Beispiel einige Erklärungen des Herrn Kennedy, die jeden verwundern. Er sagt über Kuba: „Wir müssen alle Macht der OAS nutzen um zu verhindern, dass Castro sich mit anderen lateinamerikanischen Regierungen verständigt, und wir müssen Kuba die Freiheit zurückbringen.“ Jawohl, sie werden Kuba die Freiheit zurückbringen!

„Wir müssen unsere Absicht festigen, nicht zu erlauben, dass die Sowjetunion Kuba in ihren Stützpunkt in der Karibik verwandelt, und wir müssen die Monroe-Doktrin umsetzen.“ In der Mitte oder über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus spricht dieser Herr Kandidat über die Monroe-Doktrin!

„Wir müssen erreichen, dass Premierminister Castro versteht, dass wir uns anschicken, unser Recht auf den Flottenstützpunkt von Guantánamo zu verteidigen.“ Er ist der Dritte, der Dritte, der das Problem anspricht!

„Und wir müssen das kubanische Volk wissen lassen, das wir mit ihren legitimen wirtschaftlichen Bestrebungen sympathisieren.“ Haben sie vorher damit nicht sympathisiert?

„...und dass wir seine Freiheitsliebe kennen, und dass wir nicht eher zufriedengestellt sind, als bis die Demokratie nach Kuba zurückkehrt...“ Welche Demokratie? Die Demokratie "made" durch die imperialistischen Monopole der Regierung der Vereinigten Staaten?

„Die Kräfte, die im Exil und in den Bergen Kubas für die Freiheit kämpfen, müssen erhalten und unterstützt werden...“– Achtung, damit Sie nun verstehen, weshalb es Flugzeuge gibt, die vom Territorium der USA aus nach Kuba fliegen– . Achten Sie auf das, was dieser Herr sagt: „...und in den Bergen Kubas, müssen erhalten und unterstützt werden. „...in anderen Ländern Lateinamerikas muss der Kommunismus verbannt bleiben, ohne zu ermöglichen, dass er sich ausweitet.“

Wenn Kennedy nicht ein Analphabet und ignoranter Millionär wäre (APPLAUS), müsste er verstehen, dass es nicht möglich ist, eine Revolution gegen die Bauern in den Bergen zu machen, gestützt auf die Großgrundbesitzer. Wie viele Male hat der Imperialismus versucht, konterrevolutionäre Gruppen aufzustellen? Im Verlauf weniger Tage wurden diese von der Bauernmiliz außer Gefecht gesetzt. Aber er scheint einen Hollywood-Roman gelesen oder in einem Film irgendeine Geschichte über Partisanenkämpfer gesehen zu haben, und denkt, dass es heute sozial möglich ist, einen Partisanenkrieg in Kuba zu machen.

Auf alle Fälle ist das ernüchternd, und es soll niemand denken, dass die Meinung über die Worte von Kennedy ein Beweis seien, das wir keinerlei Sympathie für den anderen empfinden; Herr Nixon (LACHEN) hat ähnliche Erklärungen abgegeben. Unserer Meinung nach fehlt es beiden an politischem Gehirn.

Bis hier haben wir das Problem unseres Landes vorgetragen, unsere wichtigste Pflicht, wenn wir uns an die Vereinten Nationen wenden. Aber wir verstehen auch sehr gut, dass es unsererseits ein wenig egoistisch wäre, wenn sich unsere Besorgnis nur auf unseren konkreten Fall beschränken würde. Es ist ebenso gewiss, dass wir den größten Teil unserer Zeit verbraucht haben, um diese Versammlung über den Fall Kuba zu informieren, und es verbleibt wenig Raum für die übrigen Fragen, über die wir uns nur andeutungsweise äußern wollen.

Der Fall Kuba ist kein isolierter Fall. Es wäre ein Fehler, nur an den Fall Kuba zu denken. Der Fall Kuba ist der Fall aller unterentwickelten Völker. Der Fall Kuba ist genauso wie der Fall Kongo, wie der Fall Ägypten, wie der Fall Algerien, wie der Fall Westiran (APPLAUS), und schließlich wie der Fall Panama, das seinen Kanal haben will; wie der Fall Puerto Rico, dessen Nationalgeist sie zerstören; wie der Fall Honduras, dass sich eines Stücks seines Territoriums beraubt sieht; und nicht zuletzt ist der Fall Kuba der Fall aller unterentwickelten und kolonisierten Länder, auch wenn unsere Aufmerksamkeit nicht speziell den anderen Ländern gewidmet ist.

Die Probleme, die wir über Kuba beschrieben haben, können perfekt auf ganz Lateinamerika übertragen werden. Die Kontrolle der ökonomischen Ressourcen Lateinamerikas durch die Monopole, die, wenn sie nicht direkte Eigentümer der Minen sind und sich der Ausbeute widmen, wie im Fall des Kupfers in Chile, Peru oder Mexiko, wie im Fall des Zinks in Peru und Mexiko, wie im Fall des Erdöls in Venezuela, dann sind sie die Herren der öffentlichen Dienste, der Unternehmen im öffentlichen Dienst wie in Argentinien, Brasilien, Chile, Peru, Ecuador und Kolumbien, oder die Herren der Telefongesellschaften wie in Chile, Brasilien, Peru, Venezuela, Paraguay und Bolivien; oder, wenn sie unsere Produkte nicht handeln, wie den Kaffee in Brasilien, Kolumbien, Salvador, Costa Rica und Guatemala, oder die Bananen ausbeuten und handeln, außerdem durch die United Fruit Company transportiert, wie in Guatemala, Costa Rica und Honduras, oder wie die Baumwolle in Mexiko oder die Baumwolle in Brasilien, dann haben sie zumindest das Monopol in den wichtigsten Industrien jener Länder.

Wirtschaften, komplett von den Monopolen abhängig. Wehe dem Tag, an dem sie auch eine Agrarreform machen wollten! Man wird sie zur umgehenden, effizienten und gerechten Zahlung auffordern! Und wenn sie trotz alledem eine Agrarreform machen, wird man den Delegierten des Bruderlandes, der zur UNO kommt, nach Manhattan verbannen, kein Hotel wird ein Zimmer an ihn vermieten, es wird Verleumdungen über ihn regnen, und es ist möglich, dass er obendrein noch von der Polizei misshandelt

wird.

Das Problem Kuba ist nur ein Beispiel für ganz Lateinamerika. Bis wann soll Lateinamerika auf seine Entwicklung warten? Nun, es wird nach den Kriterien der Monopole auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen.

Wer wird Lateinamerika industrialisieren? Die Monopole? Nein. Es gibt einen Bericht des Wirtschaftssekretariats der Vereinten Nationen, der erläutert, dass das private Investitionskapital, anstatt in die Länder zu gehen, die es am meisten brauchen, um Grundlagenindustrien aufzubauen, vorwiegend in die am stärksten industrialisierten Länder geht, weil sie dort, wie man sagt oder wie man glaubt, eine höhere Sicherheit haben. Und selbst das Wirtschaftssekretariat der Vereinten Nationen hat anerkannt, dass es keine Entwicklungsmöglichkeiten mittels privaten Investitionskapital gibt, das heißt, mittels der Monopole.

Die Entwicklung in Lateinamerika muss über öffentliche Gelder finanziert werden, programmiert und konzipiert ohne politische Bedingungen, weil es natürlich uns allen gefällt, ein freies Land zu vertreten; niemandem gefällt es, ein Land zu vertreten, dass sich nicht frei fühlt. Niemandem von uns gefällt es, wenn die Unabhängigkeit unserer Länder Interessen untergeordnet ist, die nicht die des eigenen Landes sind. Deshalb muss die Hilfe ohne politische Bedingungen erfolgen.

Dass sie uns keine Hilfe anbieten? Das macht nichts. Wir haben sie nicht darum gebeten. Aber im Interesse der Völker Lateinamerikas fühlen wir uns zur Solidarität verpflichtet, wenn Hilfe unterbreitet wird, dann muss sie ohne Unterordnung unter politische Bedingungen erfolgen. Öffentliche Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung, nicht für die „soziale Entwicklung“, das ist das Neueste, was sie erfunden haben, um die tatsächliche Notwendigkeit ökonomischer Hilfe zu verbergen.

Die Probleme Lateinamerikas sind nicht anders als die Probleme der Welt, im Rest der Welt, in Afrika und Asien. Die Welt ist unter die Monopole aufgeteilt. Dieselben Monopole, die wir in Lateinamerika vorfinden, sehen wir im Mittleren Osten. Dort ist das Erdöl in Händen von Monopolgesellschaften, die die Finanzinteressen der Vereinigten Staaten, Englands, Hollands und Frankreich kontrollieren...im Iran, im Irak und in Saudi-Arabien; also überall auf der Welt. Das Gleiche passiert zum Beispiel auf den Philippinen. Das Gleiche passiert in Afrika. Die Welt ist unter Monopolinteressen aufgeteilt. Wer wollte diese historische Wahrheit negieren? Und die Monopole wollen keine Entwicklung der Völker. Was sie wollen, ist, die Naturvorkommen ausbeuten und die Völker ausbeuten. Umso schneller sie das investierte Kapital rückerwirtschaften oder es sich amortisiert, umso besser.

Die Probleme, die das kubanische Volk mit der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten hatte, sind die gleichen Probleme, die auf Saudi-Arabien zukämen, wenn es sein Erdöl verstaatlichen würde, oder der Iran oder Irak. Die gleichen Probleme, die Ägypten hatte, als es den Suezkanal verstaatlichte, und wahrhaftig verstaatlichte, die gleichen Probleme, die Ozeanien hatte, als es unabhängig sein wollte, das heißt, Indonesien, als es unabhängig sein wollte. Die gleiche überraschende Invasion in Ägypten, die gleiche überraschende Invasion im Kongo.

Hat es den Kolonialisten oder den Imperialisten jemals an Vorwänden gefehlt, um irgendwo einzumarschieren? Niemals. Immer haben sie einen Vorwand zur Hand gehabt. Und wer sind die Länder der Kolonialisten, wer sind die imperialistischen Länder? Vier oder fünf Länder sind die Besitzer. Nicht vier oder fünf Länder, sondern vier oder fünf Monopolgruppen sind die Besitzer der Reichtümer der Welt.

Wenn in diese Versammlung eine interplanetarische Person kommen würde, die weder das Kommunistische Manifest von Karl Marx noch die Meldungen von UPI oder AP oder der sonstigen monopolistischen Veröffentlichungen gelesen hätte, und fragen würde, wie die Welt aufgeteilt ist, und auf einer Karte sehen würde, dass die Reichtümer unter den Monopolen von vier oder fünf Ländern aufgeteilt sind, er würde ohne zu zögern sagen: „Die Welt ist schlecht aufgeteilt, die Welt ist ausgebeutet.“

Und dort, wo es eine große Anzahl unterentwickelter Länder gibt, könnte sie sagen: „Eine große Zahl der Länder, die Sie vertreten, werden ausgebeutet; sie beuten sie seit langen aus. Sie haben die Form der Ausbeutung verändert, aber sie sind ausgebeutete geblieben.“ Das wäre das Urteil.

In der Rede von Premierminister Chruschtschow gibt es eine Feststellung, die uns sehr aufhorchen ließ, weil sie sie sehr wertvoll ist, als er sagte, dass „die Sowjetunion keine Kolonien besaß und keine Investitionen in einem anderen Land hatte“.

Wie wunderbar wäre unsere Welt, heute eine von Erschütterungen bedrohte Welt, wenn die Delegierten aller Nationen einstimmig sagen könnten: „Unser Land besitzt keine Kolonie, und hat keine Investition im Ausland!“ (APPLAUS)

Warum weiter um die Frage herumreden. Das ist der springende Punkt der Sache, das ist auch der springende Punkt hinsichtlich Krieg und Frieden, der springende Punkt hinsichtlich des Rüstungswettlaufs oder der Abrüstung. Kriege sind vom Anfang der Menschheit hauptsächlich aus einem Grund entstanden: Dem Wunsch des einen, dem anderen seine Reichtümer zu rauben. Verschwindet die Philosophie der Ausplünderung, verschwindet auch die Philosophie des Krieges! (APPLAUS)

Verschwinden die Kolonien, verschwindet die Ausbeutung der Länder durch die Monopole, dann hat die Menschheit eine wahrhafte Etappe des Fortschritts erreicht!

Solange dieser Schritt nicht getan ist, solange diese Etappe nicht erreicht ist, muss die Welt unter diesem ständigen Albtraum leben, in eine Krise, in einen atomaren Weltbrand verwickelt zu sein. Warum? Weil es jene gibt, die daran interessiert sind, die Ausplünderung aufrecht zu erhalten, und weil es jene gibt, die daran interessiert sind, auch die Ausbeutung aufrecht zu erhalten.

Wir haben hier über den Fall Kuba gesprochen. Unser Fall hat uns gelehrt, aufgrund der Probleme, die wir mit unserem Imperialismus hatten, das heißt, dem Imperialismus, der gegen uns ist... Aber schließlich und endlich, alle Imperialismen sind gleich und alle miteinander verbündet. Ein Land, das die Völker Lateinamerikas ausbeutet, oder jeden anderen Teil der Welt, ist mit der Ausbeutung der übrigen Länder Welt verknüpft.

Es gibt etwas, was uns in der Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten wirklich in Alarmzustand versetzt, als er sagte: „In den Entwicklungszonen müssen wir versuchen, friedliche Veränderungen zu fördern und zu begleiten, damit diese ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt schaffen. Um das zu tun, um diese Veränderungen zu erreichen, muss die internationale Gemeinschaft in den Fällen, in denen es notwendig ist, durch die Entsendung von Beobachtern oder Kräften der Vereinten Nationen Präsenz zeigen. Ich wünschte, dass die Mitgliedsstaaten positive Maßnahmen hinsichtlich der Beeinflussung ergreifen, die im Bericht des Generalsekretärs aufgezeigt sind, mit Blick auf die Schaffung qualifizierten Personals innerhalb des Sekretariats, damit sich dieses beteiligt, um den Bedürfnissen der Vereinten Nationen gewachsen zu sein.“

Das will heißen, nachdem man Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien „Entwicklungszonen“ zugesteht, tritt er dafür ein, „friedliche Veränderungen“ zu fördern, und schlägt vor, dass man dafür „Beobachter“ oder „Kräfte der Vereinten Nationen“ einsetzt.

Das bedeutet, dass die Vereinigten Staaten ursprünglich kraft einer Revolution gegen ihre Kolonisatoren entstanden sind. Das Recht der Völker, sich durch eine Revolution vom Kolonialjoch oder jeder sonstigen Art der Unterdrückung zu befreien, wurde durch die eigene Deklaration vom 5. Juli 1775 in Philadelphia anerkannt, aber heute unterstützt die Regierung der Vereinigten Staaten die Nutzung der Vereinten Nationen, um revolutionäre Veränderungen zu verhindern.

Der Generalsekretär hat jetzt angeregt, dass die Mitgliedsstaaten bei zukünftigen Petitionen der Vereinten Nationen ihre Bereitschaft zeigen sollen, um zur Erhaltung besagter Kräfte beizutragen. Alle

hier vertretenen Länder müssen dieser Notwendigkeit Folge leisten und nationale Kontingente bereitstellen, die bei Bedarf in diese Einsatzkräfte der Vereinten Nationen integriert werden können. Der Augenblick, das zu tun, ist jetzt, in dieser Versammlung. Ich versichere den Ländern, die jetzt den Beistand durch die Vereinigten Staaten von Amerika erhalten, dass wir für die Nutzung des Beistands sind, um ihnen zu helfen, die Kontingente in der Form zu unterhalten, die der Generalsekretär anregt. Das heißt, er schlägt den Ländern, die Stützpunkte haben und Beistand erhalten, vor, bereit zu sein, ihrerseits Beistand für die Formierung jener Einsatzkräfte für Zwangslagen zu leisten. Um die Anstrengungen des Generalsekretärs zu unterstützen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika bereit, in gleicher Weise wichtige Hilfe zu Luft und zu Wasser anzubieten, um die Kontingente der Vereinten Nationen zu transportieren, die diese für jegliche, zukünftige Notfälle erbittet. Das heißt, dass sie sogar ihre Schiffe und Flugzeuge für diese Einsatzkräfte anbieten. Wir möchten hier zum Ausdruck bringen, dass die kubanische Delegation mit diesen Einsatzkräften für Notfälle nicht einverstanden ist, solange sich nicht alle Völker der Welt sicher sein können, ob diese womöglich im Dienste des Kolonialismus und des Imperialismus eingesetzt werden (APPLAUS), umso weniger, wenn jedes unserer Länder zu jedem Zeitpunkt Opfer der Nutzung der Einsatzkräfte gegen das Recht unserer Völker sein kann.

Hier gibt es mehrere Probleme, über die die verschiedenen Delegationen schon gesprochen haben. Rein aus Zeitgründen möchten wir nur unsere Meinung über das Problem des Kongo zu Protokoll geben. Man kann sich vorstellen, dass wir aufgrund unserer antikolonialistischen und gegensätzlichen Haltung zur Ausbeutung der unterentwickelten Länder die Form, in der die Intervention der Einsatzkräfte der Vereinten Nationen im Kongo stattgefunden hat, verurteilen.

Erstens, es sind nicht die Kräfte dort gewesen, um gegen die Invasoren vorzugehen, wozu sie gerufen wurden. Man ließ so viel Zeit verstreichen, bis es dort zu ersten Zwistigkeiten kam. Als das noch nicht genug war, ließ man weitere Zeit verstreichen, bis sich die Gelegenheit zu einer zweiten Trennung ergab, und schließlich, während die Rundfunkstationen und Flugplätze besetzt wurden, konnte ein dritter Mann auftauchen, wie man die Retter nennt, die in solchen Momenten erscheinen. Wir kennen sie schon zu gut, denn im Jahr 1934 erschien in unserem Vaterland ebenso ein Retter, der Fulgencio Batista hieß. Im Kongo heißt er Mobutu. In Kuba besuchte dieser Mann die nordamerikanische Botschaft, wie es scheint, im Kongo ebenfalls. Sagen wir das? Nein. Das sagt immerhin eine Zeitschrift, die am stärksten die Monopole verteidigt, und demzufolge nicht gegen diese sein kann. Sie kann nicht zugunsten von Lumumba schreiben, denn sie ist gegen Lumumba, sie schreibt zugunsten von Mobutu. Außerdem erklärt sie, wer der Mann ist, wie der auftauchte, wie er sich in die Arbeit stürzte, und am Ende sagt die Zeitschrift Times in ihrer jüngsten Ausgabe: „Mobutu begann häufig die Botschaft der Vereinigten Staaten aufzusuchen und unterhielt lange Gespräche mit den dortigen Beamten. Eines nachmittags in der vergangenen Woche konferierte er mit Offizieren des Leopoldo-Camps und erreichte deren volle Unterstützung. In jener Nacht ging er zum Radiosender Congo, der gleiche Radiosender Radio Congo, der Lumumba verwehrt wurde, und urplötzlich verkündete er, dass die Armee die Macht übernommen habe.“

Das heißt, all das nach den häufigen Besuchen und den langen Gesprächen mit Beamten der Botschaft der Vereinigten Staaten,– so sagt die Times, Verteidiger der Monopole.

Das bedeutet, dass die kolonialistischen Interessen im Kongo klar und eindeutig ihre Hand im Spiel hatten, und unseres Erachtens dort schlecht gehandelt wurde, dass man die kolonialistischen Interessen begünstigt hat, und dass alle Tatsachen darauf verweisen, dass das Volk des Kongo und das Recht im Kongo auf der Seite des einzigen Anführers ist, der dort weiter die Interessen seiner Heimat verteidigt, und dieser Anführer ist Lumumba. (APPLAUS)

Wenn die afroasiatischen Länder im Hinblick auf diese Situation und den mysteriösen dritten Mann, der dort im Kongo auftauchte, aufgerufen sind, gemeinsam mit den legitimen Interessen des kongolesischen Volkes die legitime Regierung des Kongo zu verdrängen, und erreichen, dass diese legitimen Mächte sich in Verteidigung der Interessen des Kongo versöhnen, umso besser, aber wenn man diese Versöhnung nicht erreicht, müssen die Vernunft und das Recht mit demjenigen zusammen gehen, der nicht nur die Unterstützung des Volkes und des Parlaments hat, sondern mit demjenigen, der

sich gegenüber den Interessen der Monopole zu behaupten wusste, der an der Seite seines Volkes blieb.

Zum Problem von Algerien muss man sagen, dass wir hundertprozentig an der Seite des Rechts des Volkes von Algerien und seiner Unabhängigkeit stehen (APPLAUS), und außerdem ist es lächerlich, wie viele andere Dinge auch lächerlich sind, die so ein künstliches Leben verkörpern, das durch bestimmte Interessen geschaffen wird. Es ist lächerlich zu beabsichtigen, dass Algerien Teil der französischen Nation wird. Das hatten auch andere Länder schon vor, um ihre Kolonien über die Zeit zu retten. Das, was man „Integrismus“ nennt, ist historisch gescheitert. Wenn wir die Frage umgekehrt analysieren, wenn die Metropole Algerien wäre und erklären würde, dass ein Stück von Europa Bestandteil seines Territoriums wäre; das wäre ganz einfach an den Haaren herbeigezogen und hätte keinerlei Sinn. Algerien, meine Herren, gehört zu Afrika, wie Frankreich zu Europa gehört.

Vor einigen Jahren hat dieses afrikanische Volk einen heroischen Kampf gegen die Metropole gefochten. Vielleicht, während wir hier in aller Ruhe diskutieren, fallen auf die algerischen Dörfer und Städte Geschosse und Bomben der französischen Regierung oder der Armee. Und es sterben Menschen in einem Kampf, in dem es keinerlei Zweifel gibt, auf welcher Seite das Recht ist, ein Problem, das lösbar ist, wenn man die Interessen einer Minderheit berücksichtigt, wo ebenfalls unter einem Vorwand neun von zehn Teilen der Bevölkerung Algeriens das Recht auf Unabhängigkeit negiert wird. Und trotzdem unternehmen wir nichts. Wie schnell ging es doch in den Kongo, und wie wenig Enthusiasmus zeigen wir, nach Algerien zu gehen! (APPLAUS)

Und wenn die algerische Regierung– die auch eine wirkliche Regierung ist, denn sie repräsentiert Millionen von kämpfenden Algeriern– darum bittet, dass die Einsatzkräfte der UNO dorthin kommen, würden wir mit dem gleichen Enthusiasmus gehen? Hoffentlich würden wir mit dem gleichen Enthusiasmus gehen, aber mit ganz anderen Absichten, das heißt, in der Absicht, die Interessen der Kolonie und nicht die Interessen der Kolonisatoren zu verteidigen.

Wir stehen auf der Seite des algerischen Volkes, ebenso wie wir auf der Seite der Völker stehen, die in Afrika noch immer in einer Kolonie leben; und wir stehen auf der Seite der diskriminierten Schwarzen in der Südafrikanischen Union; und wir stehen auf der Seite der Völker, die frei sein wollen, nicht nur politisch; denn es ist sehr leicht, eine Fahne, ein Wappen, eine Hymne und die Farben auf einer Landkarte darzustellen, ohne wirtschaftlich frei zu sein. Denn es gibt eine Wahrheit, die wir alle vorrangig verinnerlichen sollten, die besagt, dass es ohne wirtschaftliche Freiheit keine politische Freiheit gibt. Die politische Unabhängigkeit ist eine Lüge, wenn es nicht auch die wirtschaftliche gibt. Und deshalb streben wir danach, politisch und ökonomisch frei zu sein, und nicht nur eine Fahne und ein Wappen und eine Vertretung in der UNO zu haben. Wir möchten hier noch ein weiteres Recht ansprechen, ein Recht, das von unserem Volk vor kurzem in einer Massenkundgebung proklamiert wurde: Das Recht der unterentwickelten Länder, ihre Naturvorkommen zu verstaatlichen, ohne die Investitionen der Monopole in den jeweiligen Ländern zu entschädigen. Das bedeutet, dass wir die Verstaatlichung der Naturvorkommen und der ausländischen Investitionen in den unterentwickelten Ländern befürworten.

Und wenn das die hochindustrialisierten Länder auch tun wollen, haben wir nichts dagegen. (APPLAUS)

Damit die Länder wirklich politisch frei sein können, müssen sie auch ökonomisch vollkommen frei sein, und dazu soll man ihnen helfen. Sie werden uns nach dem Wert der Investitionen fragen, und wir fragen nach dem Wert der Gewinne, die Gewinne, die sie aus den kolonisierten und unterentwickelten Völkern über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte herausgezogen haben!

Es gibt auch einen Vorschlag des Leiters der Delegation von Ghana, den wir unterstützen möchten. Der Vorschlag lautet, dass man auf afrikanischem Territorium die Militärbasen räumt, einschließlich der Basen mit Atomwaffen; das heißt, das ist der Vorschlag, Afrika von der Gefahr eines Atomkrieges zu befreien. Man hat das ja schon mit der Antarktis getan. Warum? Wenn man auf dem Weg der Abrüstung vorankommt, bedeutet das doch, dass man auch auf dem Weg der Befreiung bestimmter Gebiete der Erde von der Gefahr eines Nuklearkrieges vorankommt. Wenn Afrika auflebt, jenes Afrika, das wir heute

beginnen kennenzulernen, nicht das Afrika, das man uns auf der Landkarte gelehrt hat, nicht das Afrika, das man uns in Hollywood-Filmen und Fernsehromanen zeigte, nicht das Afrika, wo ein Volksstamm immer halbnackt erscheint, mit Lanzen bewaffnet und sprungbereit, um beim ersten Zusammenprall mit einem weißen Helden davonzulaufen, ein umso größerer Held, je mehr Schwarze er getötet hat. Jenes Afrika, das sich hier mit Anführern wie Nkruma und Sekou Touré hoch aufrichtet, oder jenes arabische Afrika von Nasser, jenes wahre Afrika, der unterdrückte Kontinent, der ausgebeutete Kontinent, der Kontinent, wo Millionen von Sklaven herkommen, jenes Afrika, das so viel Schmerz in seiner Geschichte erlebte; mit dem Afrika, gegenüber dem Afrika, gegenüber dem Afrika stehen wir in der Pflicht: Es vor der Gefahr der Zerstörung zu bewahren. Mögen einige Völker Afrika etwas entschädigen; möge der Westen es für das Leid entschädigen, das er Afrika zugefügt hat. Afrika muss vor der Gefahr eines Atomkriegs bewahrt werden; Afrika muss zu einer Zone erklärt werden, die frei von dieser Gefahr ist; dort dürfen keine Atomwaffenbasen errichtet werden. Das Mindeste, wenn wir schon nichts Anderes tun können, ist, diesen Kontinent wie ein Heiligtum zu behandeln, in dem das menschliche Leben bewahrt wird. (LANGER APPLAUS). Wir unterstützen diesen Vorschlag aufs Wärmste.

Und zur Frage der Abrüstung, in dieser Frage unterstützen wir voll und ganz den sowjetischen Vorschlag – und wir werden deswegen nicht rot –, weil wir den sowjetischen Vorschlag unterstützen. Wir meinen, das ist ein richtiger Vorschlag, entschieden und klar und deutlich.

Wir haben die Rede, die hier zum Beispiel Präsident Eisenhower gehalten hat, sehr aufmerksam gelesen; er hat weder über Abrüstung noch über die Entwicklung der unterentwickelten Länder gesprochen, und auch nicht über das Problem der Kolonien. Es lohnt sich in der Tat, dass die Bürger dieses Landes, die so stark von falscher Propaganda beeinflusst sind, sich eine Minute in die Objektivität versetzten und die Reden des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des sowjetischen Premierministers läsen, um zu sehen, wer sich tatsächlich um die Probleme der Welt sorgt, um zu sehen, wo man klar und ehrlich spricht; und um außerdem zu sehen, wer die Abrüstung will und wer die Abrüstung nicht will, und warum nicht.

Der sowjetische Vorschlag kann klarer nicht sein. Dem sowjetischen Vorschlag ist nichts hinzuzufügen. Warum diese Zurückhaltung, wenn niemals zuvor über ein so bedeutendes Problem mit solcher Klarheit gesprochen wurde?

Die Geschichte der Welt hat in tragischer Weise gezeigt, dass das Wettrüsten stets zum Krieg geführt hat; aber zu keinem Zeitpunkt wie dem heutigen, bedeutet ein Krieg eine so große Katastrophe für die Menschheit; deshalb kann die Verantwortung nicht größer sein. Die sowjetische Delegation hat einen Vorschlag zu dem Problem unterbreitet, das für die Menschheit so besorgniserregend ist, – als wenn die Menschheit aufhört zu existieren – den Vorschlag der totalen, vollständigen und umfassenden Abrüstung. Kann man mehr wollen? Bitten Sie darum, man kann mehr wollen, mehr Garantien, ja, darum kann man bitten, bitten Sie darum! Eindeutiger und entschiedener kann man das nicht sagen. Und historisch könnte man nicht mit einer negativen Antwort aufwarten, ohne die Verantwortung für die Kriegsgefahr und den Krieg selbst tragen.

Warum will man der Vollversammlung das Problem entziehen? Warum will die Delegation der Vereinigten Staaten dieses Problem nicht mit uns allen diskutieren? Haben wir etwa kein Urteilsvermögen? Oder sollen wir von dem Problem nichts erfahren? Soll sich eine Kommission bilden? Warum nicht auf die demokratischste Art und Weise? Es sollen die Vollversammlung, alle Delegierten das Problem der Abrüstung hier diskutieren und alle Karten auf den Tisch legen, damit man erfährt, wer die Abrüstung will und wer sie nicht will; wer Krieg spielen will und wer nicht; und wer dieses Bestreben der Menschheit verrät; warum die Menschheit aufgrund von egoistischen und falschen Interessen niemals in die Katastrophe geführt werden darf! Die Menschheit, unsere Völker, nicht wir, müssen dieser Katastrophe zuvorkommen, damit alles, was Wissen und menschliche Intelligenz geschaffen haben, nicht der Selbstzerstörung der Menschheit dient.

Die sowjetische Delegation hat ein klares Wort gesprochen, und ich sage das ganz objektiv und lade dazu ein, die Vorschläge zu studieren, und dass alle ihre Karten auf den Tisch legen. Aber, das ist nicht

nur eine Frage der Delegationen, das ist eine Frage der Öffentlichkeit! Die Kriegstreiber und die Militaristen müssen aufgespürt und durch die öffentliche Meinung der Welt verurteilt werden! Das ist ein Problem, dass nicht die Minderheiten angeht; es geht die Welt an. Man muss die Kriegstreiber und die Militaristen entlarven; und das ist eine Aufgabe der Öffentlichkeit. Das darf nicht nur im Plenum diskutiert werden. Das muss vor den Augen aller Welt diskutiert werden. Das muss vor der großen Versammlung der ganzen Welt diskutiert werden, weil im Falle eines Krieges nicht nur die Verantwortlichen vernichtet werden. Es werden hunderte Millionen von Unschuldigen vernichtet, die nicht die geringste Schuld haben. Deshalb müssen wir, die wir uns hier als Vertreter der Welt versammeln,– oder eines Teils der Welt, denn die Welt ist noch nicht komplett vertreten, und wird solange nicht komplett vertreten sein, bis die Volksrepublik China dazu gehört– Maßnahmen ergreifen. (APPLAUS)

Ein Viertel der Welt fehlt noch in dieser Versammlung; aber der Teil, der bereits hier ist, hat die Pflicht, klar zu sprechen und sich nicht davor zu drücken. Es muss alles diskutiert werden, dieses Problem ist zu ernst, es ist wichtiger als mehr Wirtschaftshilfe und all die anderen Abkommen, denn dieses Abkommen bewahrt das Leben der Menschheit. Das sollten alle diskutieren und alle über das Problem sprechen und alle dafür kämpfen, dass Frieden wird, oder dass zumindest die Militaristen und Kriegstreiber entlarvt werden. Und wenn wir, die unterentwickelten Länder eine Hoffnung auf Fortschritt haben wollen, eine Hoffnung darauf haben wollen, dass unsere Völker einen höheren Lebensstandard genießen können, dann lasst uns für den Frieden kämpfen, lasst uns für Abrüstung kämpfen, denn mit einem Fünftel von dem, was die Welt an Bewaffnung ausgibt, könnte man die Entwicklung aller unterentwickelten Länder mit einem jährlichen Wachstum von 10% fördern. Mit einem Fünftel! Und natürlich würde auch der Lebensstandard in den Ländern steigen, die heute ihre Ressourcen in die Bewaffnung stecken.

Worin liegen die Schwierigkeiten bei der Abrüstung? Wer hat ein Interesse daran, bewaffnet zu sein? Diejenigen, die ein Interesse daran haben, bis an die Zähne bewaffnet zu sein, sind dieselben, die die Kolonien aufrecht erhalten wollen, die ihre Monopole erhalten wollen, die das Erdöl aus dem Mittleren Osten in der Hand behalten wollen, die Naturvorkommen in Lateinamerika, Asien und Afrika; und um das zu verteidigen, brauchen sie die Streitkraft. Und Sie wissen sehr gut, dass durch das Recht des Stärkeren diese Territorien besetzt und besiedelt wurden; durch das Recht des Stärkeren Millionen von Menschen versklavt wurden. Es ist diese Kraft, die die Ausbeutung in der Welt aufrechterhält. Denn die Ersten, die ein Interesse daran haben, dass es nicht zur Abrüstung kommt, sind die, die diese Macht, die Kontrolle über die Naturvorkommen und die Reichtümer der Völker und die billigen Arbeitskräfte der unterentwickelten Länder behalten wollen. Wir haben versprochen, die Dinge klar auszusprechen, die Wahrheit kann man nicht anders sagen.

Denn die Kolonialisten sind Feinde der Abrüstung. Man muss mit der Weltöffentlichkeit kämpfen, wie man die beeindrucken kann, kämpfen mit der Weltöffentlichkeit, mit dem Recht der Völker auf ihre politische und wirtschaftliche Befreiung.

Feinde der Abrüstung sind auch die Monopole, denn außer, dass die Waffen ihre Interessen verteidigen, war das Wetrüsten schon immer ein großes Geschäft für die Monopole. Es ist ja zum Beispiel bekannt, dass die großen Monopole in diesem Land ihr Kapital aufgrund des Zweiten Weltkrieges verdoppelt haben. Wie die Raben ernähren sich die Monopole von den Kadavern, die die Kriege mit sich bringen.

Der Krieg ist ein Geschäft. Man muss die entlarven, die mit dem Krieg handeln, die sich am Krieg bereichern. Man muss der Welt die Augen öffnen und ihr zeigen, wer diejenigen sind, die mit dem Schicksal der Menschheit handeln, die mit der Kriegsgefahr handeln, vor allem dann, wenn der Krieg so grauenvoll ist, dass es keine Hoffnung auf Befreiung gibt, darauf, und sich und die Welt zu retten.

Und diese Aufgabe kommt uns zu, unserem kleinen und unterentwickelten Land. Wir laden speziell die übrigen kleinen, unterentwickelten Länder und die ganze Versammlung ein, zu kämpfen, hier, denn wir werden uns im Nachhinein die Konsequenzen nicht verzeihen, wenn durch unsere Unterlassung oder, weil es an Standhaftigkeit fehlte, oder weil es uns an Energie fehlte, dieses Problem anzupacken, sich die Welt immer mehr in die Gefahren eines Krieges verwickelt sieht.

Es bleibt noch ein Punkt offen: Wie wir in einigen Zeitungen lasen, ist das einer der Punkte, den die kubanische Delegation ansprach, und das ist logischerweise das Problem der Volksrepublik China.

Es wurde auch schon von anderen Delegationen gesagt: Wir wollen hier zum Ausdruck bringen, dass es in der Tat die Verneinung des Daseinszwecks der Vereinten Nationen und des Wesens der Vereinten Nationen ist, wenn man dieses Problem nicht einmal ansatzweise zu diskutieren begann. Warum? Weil es der Wille der Regierung der Vereinigten Staaten ist? Weil die Vollversammlung der Vereinten Nationen auf ihr Recht verzichtet, dieses Problem zu diskutieren?

In den letzten Jahren sind zahlreiche Länder Mitglied der UNO geworden. Man würde die Realität der Geschichte, die Realität der Tatsachen und des Lebens selbst verneinen, wenn man sich der Diskussion der Rechte der Volksrepublik China entzieht, das heißt, 99% der Einwohner eines Landes mit einer Bevölkerung von über 600 Millionen, die hier vertreten sein würden. Es ist einfach absurd, lächerlich, dass man dieses Problem nicht diskutiert. Und wie lange noch werden wir diese traurige Rolle spielen und dieses Problem nicht diskutieren, wenn andererseits die Vertreter von Franco in Spanien hier sind?

Wir möchten gern eine Betrachtung darüber anstellen, wie die Vereinten Nationen entstanden sind.

Sie entstanden nach dem Kampf gegen den Faschismus, nachdem dutzende Millionen von Menschen umgekommen waren. Aus diesem Kampf, der so viele Leben kostete, ging diese Organisation als eine Hoffnung hervor. Aber, es gibt außerordentliche Paradoxien: Als US-amerikanische Soldaten in Guam oder in Guadalcanal oder in Okinawa oder auf einer der vielen Inseln in Asien fielen, fielen auch Soldaten auf dem kontinentalen Territorium von China, als sie gegen den gleichen Feind kämpften, die gleichen Männer, denen das Recht abgesprochen wird, ihren Eintritt in die Vereinten Nationen zu diskutieren. Während zur gleichen Zeit Soldaten der Blauen Division in der Sowjetunion kämpften, um den Faschismus zu verteidigen, wird der Volksrepublik China das Recht abgesprochen, ihren Fall hier zu diskutieren, hier in den Vereinten Nationen.

Jenes Regime, das die Folge des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus war, das mit der Unterstützung von Kanonen und Flugzeugen Hitlers und der "Schwarzhemden" Mussolinis die Macht übernahm, wurde großzügig als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen.

China ist ein Viertel der Welt. Welche Regierung ist der wahre Vertreter dieses Volkes, dieses Volkes, dass das größte Volk der Welt ist? Ganz einfach, die Regierung der Volksrepublik China. Da ist noch ein anderes Regime vertreten, inmitten eines Bürgerkrieges, das die Einmischung der Siebten Flotte der Vereinigten Staaten zum Stehen brachte?

Hier sollte man sich außerdem fragen, kraft welchen Rechts die Flotte von einem anderen Kontinent— das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen—, wenn so oft die Rede von außerkontinentaler Einmischung ist, dass man uns erklärt, warum die Flotte eines Landes von einem anderen Kontinent sich in interne Angelegenheiten Chinas mit der einzigen Absicht eingemischt hat, hier eine Gruppe von Anhängern zu erhalten, um die die vollständige Befreiung des Territoriums zu verhindern. Da das ein absurder Zustand und dazu unter allen Gesichtspunkten ein ungesetzlicher Zustand ist, haben Sie die Antwort auf die Frage: Warum die Regierung der Vereinigten Staaten nicht möchte, dass man das Problem der Volksrepublik China diskutiert. Wir möchten unseren Standpunkt und unsere Unterstützung zu Protokoll geben, dass man das in der Vollversammlung der Vereinten Nationen diskutiert und hier die legitimen Vertreter des chinesischen Volkes am Tisch sitzen, das sind die Vertreter der Regierung der Volksrepublik China.

Ich verstehe, dass das ein wenig schwierig ist, sich hier von stereotypen Konzepten zu befreien, mit denen man die Vertreter der Nationen beurteilt. Ich möchte sagen, dass wir ohne Vorurteile hierhergekommen sind, um die Probleme objektiv zu analysieren, ohne Angst, woran Sie glauben oder nicht glauben, und ohne Angst vor Konsequenzen für unsere Handlungsweise.

Wir waren ehrlich, wir waren frank (ehrlich) und frei- ohne frankistisch zu sein- (Wortspiel franco - frankismo, der Übers.) (APPLAUS), denn wir wollen keine Komplizen jener Ungerechtigkeit sein, die es gegenüber vielen Spaniern gibt, die seit zwanzig Jahren und mehr in Spanien im Gefängnis sitzen, und die gemeinsam mit den US-Amerikanern des Lincoln-Bataillons kämpften, Kameraden derselben US-Amerikaner, die dorthin kamen, um den Namen des großen US-Amerikaners, Lincoln, zu ehren.

Letztlich werden wir an die Vernunft glauben, und an die Ehrenhaftigkeit aller. Es gibt Dinge, die über diese Probleme der Welt zu sagen sind, womit wir unsere Gedanken zusammenfassen wollen, worüber es keine Zweifel gibt. Wir haben unser Problem hier dargelegt. Es ist Teil der Probleme der Welt. Die uns heute angreifen, werden dabei sein, andere in anderen Teilen der Welt anzugreifen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht an der Seite des algerischen Volkes stehen, weil sie mit der Metropole, Frankreich, verbündet ist. Sie kann nicht an der Seite des kongolesischen Volkes stehen, weil es mit Belgien verbündet ist. Sie kann nicht an der Seite des spanischen Volkes stehen, weil sie mit Franco verbündet ist. Sie kann nicht an der Seite des Volkes von Puerto Rico stehen, deren Nationalität sie in den vergangenen fünfzig Jahren nach und nach zerstört haben. Sie kann nicht an der Seite der Panamaer stehen, die den Kanal reklamieren. Sie kann nicht mit dem Aufschwung der zivilen Macht weder in Lateinamerika, noch in Deutschland, noch in Japan leben. Sie kann nicht an der Seite der Bauern stehen, die Land wollen, weil sie mit den Großgrundbesitzern verbündet ist. Sie kann nicht an der Seite der Arbeiter stehen, die überall auf der Welt bessere Lebensbedingungen fordern, weil sie mit den Monopolen verbündet ist. Sie kann nicht an der Seite der Kolonien stehen, die sich befreien wollen, denn sie ist Verbündete der Kolonisatoren.

Das heißt, sie ist an der Seite Francos, an der Seite der Kolonialisierung Algeriens, der Kolonialisierung des Kongo, sie steht für die Erhaltung ihrer Privilegien und Interessen am Kanal, ist an der Seite der Kolonialherrschaft in aller Welt. Sie ist an der Seite des deutschen Militarismus und an der Wiedererstehung des deutschen Militarismus. Sie ist an der Seite des japanischen Militarismus und an der Wiedererstehung des japanischen Militarismus.

Die Regierung der Vereinigten Staaten vergisst die Millionen Juden, die in den Konzentrationslagern Europas durch die Nazis ermordet wurden, die heute ihren Einfluss in der deutschen Armee wiedererlangen. Sie vergisst die Franzosen, die in ihrem heroischen Kampf gegen die Besetzung ermordet wurden. Sie vergisst die nordamerikanischen Soldaten, die an der Siegfried-Linie, an der Ruhr oder am Rhein oder an den Fronten Asiens starben. Sie kann nicht mit der Integrität und der Souveränität der Völker leben. Warum nicht? Sie hält es für notwendig, die Souveränität der Völker zu beschneiden, um ihre Militärbasen zu erhalten, denn jede Base ist ein Dolchstoß gegen die Souveränität, jede Basis bedeutet eingeschränkte Souveränität.

Deshalb muss sie gegen die Souveränität der Völker sein, denn sie braucht die Einschränkung der Souveränität, um ihre Politik der Basen rund um die Sowjetunion zu erhalten. Wir meinen, dass dem nordamerikanischen Volk diese Probleme nicht gut erklärt werden, denn es würde reichen, dass sich das nordamerikanische Volk nur vorstellt, wie es mit seiner Ruhe aussähe, wenn die Sowjetunion begänne, in Kuba, Mexiko oder Kanada einen Gürtel von Atomstützpunkten zu errichten. Die Bevölkerung würde sich nicht sicher fühlen, sie würde keine Ruhe haben.

Man muss der Weltöffentlichkeit erklären, dass man neben der US-amerikanischen Auffassung die Probleme auch von einem anderen Blickwinkel aus verstehen muss, vom Blickwinkel der Anderen. Und man darf uns unterentwickelte Völker nicht immer als Aggressoren darstellen, die Revolutionäre nicht als Aggressoren und Feinde des US'-amerikanischen Volkes darstellen! Wir können keine Feinde des US-amerikanischen Volkes sein, denn wir kennen US-Amerikaner wie Carleton Beals oder wie Waldo Frank, berühmte und ausgezeichnete Intellektuelle wie diese, die in Tränen ausbrechen würden, wenn sie an die Fehler denken, die aus Mangel an Gastfreundschaft begangen werden, wie es besonders in unserem Falle geschah. Bei vielen US-Amerikanern, bei den humansten der Schriftsteller, bei den fortschrittlichsten ihrer Schriftsteller, bei den wertvollsten ihrer Schriftsteller sehe ich den Edelmut der ersten Staatsoberhäupter dieses Landes vor mir: bei Männern wie Washington, Jefferson und Lincoln.

Das sage ich ohne Demagogie, mit der ehrlichen Bewunderung, die wir für jene fühlen, die einst ihr Land aus der Kolonie zu befreien wussten und kämpften, nicht damit ihr Land heute mit allen Reaktionären der Welt, mit allen Gangstern der Welt, mit allen Großgrundbesitzern, allen Monopolen, Ausbeutern, Militaristen und Faschisten verbündet sei. Das heißt, verbündet mit den rückschrittlichen und reaktionärsten Kräften, sondern dass ihr Land immer die edlen und gerechten Ideale verteidigen würde.

Wir wissen, was sie dem US-amerikanischen Volk heute und morgen und immer wieder über uns sagen werden, um es zu täuschen. Aber das sei dahingestellt. Wir erfüllen unsere Pflicht, indem wir unseren Gefühlen in dieser historischen Vollversammlung Ausdruck verleihen. Wir proklamieren das Recht der Völker und ihrer Integrität, das Recht der Völker auf ihre Nationalität, allerdings gegen den Nationalismus, denn diejenigen, die es wissen, Nationalismus bedeutet: die Gier, das Seine besitzen zu wollen, seine Reichtümer, seine Naturvorkommen.

Wir stehen an der Seite aller edlen Bestrebungen aller Völker. Das ist unser Standpunkt. Mit allem, was wir sind und immer sein werden: Gegen Kolonialherrschaft, gegen Ausbeutung, gegen Monopole, gegen Militarismus, gegen Wettrüsten, gegen das Spiel mit dem Krieg. Dagegen werden wir immer sein. Das wird unser Standpunkt sein.

Zum Schluss lege ich in Erfüllung dessen, was wir unter unserer Pflicht verstehen, dieser Vollversammlung den wichtigsten Beitrag, die Deklaration von Havanna, ans Herz. Sie wissen, dass die Deklaration von Havanna die Antwort des Volkes von Kuba auf den Brief von Kostarika war. Es versammelten sich nicht 10, nicht 100, nicht 100 000, es versammelten sich über eine Million Kubaner. Die daran zweifeln, können zur nächsten Manifestation oder Generalversammlung, die es in Kuba geben wird, kommen und sie zählen. Sie können sicher sein, dass Sie eine Veranstaltung eines leidenschaftlichen Volkes erleben werde, eines bewussten Volkes, das Sie sicher woanders kaum sehen konnten, was man nur sehen kann, wenn ein Volk mit Feuereifer seine heiligsten Interessen verteidigt.

In jener Kundgebung der Antwort auf den Brief von Kostarika, in Beratung mit dem Volk und auf Zuruf des Volkes wurden folgende Prinzipien als die Prinzipien der kubanischen Revolution proklamiert:

„Die Nationale Generalversammlung des Volkes von Kuba verurteilt den Großgrundbesitz, die Quelle des Elends für die Bauernschaft und des rückschrittlichen und unmenschlichen landwirtschaftlichen Produktionssystem; verurteilt die Hungerlöhne und die bodenlose Ausbeutung der menschlichen Arbeit durch schändliche und privilegierte Interessen; verurteilt das Analphabetentum, den Mangel an Lehrern, Schulen, Ärzten und Krankenhäusern; das Fehlen von Schutz im Alter in den Ländern Lateinamerikas; verurteilt die Diskriminierung der Schwarzen und der Indianers; verurteilt die Ungleichheit und die Ausbeutung der Frauen; verurteilt die militärischen und politischen Oligarchien, die unsere Völker in Elend halten, die demokratische Entwicklung und die volle Ausübung ihrer souveränen Rechte verhindern; verurteilt Konzessionen an ausländische Monopole an den Naturvorkommen unserer Länder, diese Politik der Auslieferung und des Verrats an den Interessen der Völker; verurteilt die Regierungen, die die Gefühle ihrer Völker nicht erhören, um ausländische Aufträge zu befolgen; verurteilt den systematischen Betrug an den Völkern durch Einrichtungen, die Informationen in Umlauf bringen, die den Interessen der Oligarchien und der Politik des Imperialismus als Unterdrücker gehorchen; verurteilt das Nachrichtenmonopol in den Händen von Agenturen der Monopole, Instrumente der monopolistischen Trusts und der Mittelsmänner dieser Interessen; verurteilt die repressiven Gesetze, die den Arbeitern, Bauern, Studenten und Intellektuellen, der großen Mehrheit in den Ländern verbieten, sich zu organisieren und für ihre sozialen und patriotischen Forderungen zu kämpfen; verurteilt die imperialistischen Monopole und Unternehmen, die fortwährend unsere Reichtümer plündern, unsere Arbeiter und Bauern ausbeuten, unsere Wirtschaft aussaugen und in rückschrittlichem Zustand belassen und die Politik Lateinamerikas ihren Absichten und Interessen unterordnen.

Die Nationale Generalversammlung des Volkes von Kuba verurteilt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch das imperialistische Finanzkapital.

Infolge dessen proklamiert die Nationale Generalversammlung des Volkes von Kuba vor Amerika, und ebenso hier vor aller Welt:

Das Recht der Bauern auf Land; das Recht der Arbeiter auf die die Früchte ihrer Arbeit; das Recht der Kinder auf Bildung; das Recht der Kranken auf medizinische und Krankenhausbetreuung; das Recht der Jugendlichen auf Arbeit; das Recht der Studenten auf freies, experimentelles und wissenschaftliches Studium; das Recht der Schwarzen und Indianer auf die volle Menschenwürde; das Recht der Frau auf bürgerliche, soziale und politische Gleichberechtigung; das Recht der alten Menschen auf ein gesichertes Alter; das Recht der Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler, mit ihren Werken für eine bessere Welt zu kämpfen; das Recht der Staaten auf die Verstaatlichung der imperialistischen Monopole, um so die nationalen Reichtümer und Ressourcen zurück zu gewinnen; das Recht der Länder auf freien Handel mit allen Völkern der Welt; das Recht der Nationen auf ihre volle Souveränität; das Recht der Völker, ihre Militärfestungen in Schulen zu verwandeln und ihre Arbeiter zu bewaffnen, in dem Punkt müssen wir allerdings mobil machen, müssen unser Volk bewaffnen, um uns gegen die imperialistischen Angriffe zu verteidigen, die Bauern, die Studenten, die Intellektuellen, die Schwarzen, die Indianer, die Frauen, die Jugendlichen, die Alten, alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, damit sie für sich selbst ihre Rechte und ihr Schicksal verteidigen."

Einige wollten wissen, welche die Leitlinie der revolutionären Regierung Kubas ist. Nun, das ist unsere Leitlinie!

(OVATION)

Stenografische Versionen - Staatsrat

Versiones Taquigráficas - Consejo de Estado

Source URL: <http://www.comandanteenjefe.com/it/node/84535?height=600&width=600>

Links

[1] <http://www.comandanteenjefe.com/it/node/84535>